

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.
 (bei ins Haus, vorausschickend, Einzelne
 Nummern 10 Pfennig, Postbezug:
 monatlich, vom Postamt abgeholt,
 1.50 RM., vom Postträger ins Haus ge-
 bracht, 1.64 RM.) Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 5.— RM., für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich, Ausland ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.80 RM.
 Postbestellungen nehmen an: Däne-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz, Engländer in die
 Post-Zeitungs-Beziehungsstelle.
Erscheinung täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Samstag, den 23. Juni 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Anzeigenpreis:
 Diebengelbaltene Anzeigenblätter
 80 Wg. „kleine Anzeigen“, das
 festgedruckte Wort 20 Wg. (täglich
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Wg. Stellenangebote und
 Schließelanzeigen das erste Wort
 25 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg.
 Ganze über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Leierungszulage 20%.
 Familien-Anzeigen, politische und
 gewerkschaftliche Beiträge-Anzeigen
 50 Wg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
 SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Burian und Balfour zur Friedensfrage.

Die Brotnot in Oesterreich.

Verhandlungen des Arbeiterrats mit der Regierung.
 Wien, 22. Juni. Die „Sozialdemokratische Korre-
 spondenz“ meldet: In der heutigen Sitzung des Arbeiterrats
 berichteten die Abgeordneten über ihre Verhandlungen mit
 der Regierung und den Unternehmern. Da die
 Verhandlungen noch nicht abgelaufen sind,
 vertagte sich der Arbeiterrat auf morgen abend.

Die Verhandlungen begannen, wie festgesetzt, am Freitag.
 An den Beratungen nahmen teil der Ministerpräsident Dr.
 v. Seidler, der Eisenbahn-, Finanz- und Ernährungs-
 minister, der Minister für soziale Fürsorge und der Minister
 des Innern.

In dieser Sitzung standen einzig die sozialen Forderungen
 der Arbeiterschaft zur Beratung. Die politischen For-
 derungen wurden an anderer Stelle vorgetragen, beim
 Grafen Burian. Auch diese Handlung vollzog sich am
 Freitag. Darüber berichtet Wolffs Bureau: In Aus-
 führung des Punktes 2 der Beschlüsse des Wiener Arbeiter-
 rats vom 18. d. M. haben sich heute die Reichsratsabge-
 ordneten Hanusch und Seber, sowie der Chefredakteur
 der „Arbeiterzeitung“, Austerlitz, beim Minister des
 Innern eingefunden. Unter Schilderung der gegenwärtigen
 Lage der Arbeiterschaft und ihrer Stimmung haben sie
 die dringende Notwendigkeit betont, eine rasche
 Verbesserung der Ernährungsverhältnisse
 herbeizuführen. Anschließend hieran haben sie das Pro-
 gram der Arbeiterschaft in der Friedens-
 frage dahin zusammengefasst, daß diese auf baldigste Er-
 reichung des allgemeinen Verständigungsfriedens, gegebenen-
 falls auf eine von der Regierung ausgehende
 Initiative und auf die Schaffung einer Liga der
 Nationen hinauslaufe.

Hierauf führte Graf Burian in der Beantwortung
 der an ihn gerichteten Fragen, was er hierauf mitzuteilen in
 der Lage sei, aus:

Er sei sich der großen Bedeutung der Ernährungsfrage
 bewußt, welcher er seine vollste Aufmerksamkeit und Sorgfalt
 schenke. Er sei daher stets bemüht, die Verhandlungen mit
 dem Deutschen Reich über die gegenwärtige
 Lebensmittelversorgung tatkräftig zu fördern. Es ge-
 schehe auch unsererseits sehr alles, um von unseren Verbündeten
 jene Unterstützung zu erlangen, die es uns erleichtern
 solle, über die schwere, aber glücklicherweise nur noch kurze Zeit
 bis zur neuen Ernte hinwegzukommen. Was die

Frage des Friedens

angeht, so habe unsere Politik keine Veränderung erfahren. Nach
 wie vor sei der Krieg, den wir führen, ausschließlich ein
 Verteidigungskrieg. Es liege uns ganz fern, den Krieg
 auch nur um einen Tag zu verlängern, um irgendwelche Eroberun-
 gen zu machen oder imperialistische Ziele zu erreichen. Wenn sich
 bei unseren Gegnern Gerechtigkeit zu Verhandlungen zeigen
 sollte, so würden sie uns stets bereit finden, in Besprechungen
 einzutreten und einen für beide Teile annehmbaren
 Frieden zu schließen. Auch bei uns bestünde der Wunsch, mitzu-
 arbeiten an der Herstellung solcher Beziehungen zwischen den Völ-
 kern, welche eine Verabminderung der Rüstungs-
 lasten ermöglichen und die Gefahr künftiger Kriege
 vermindern würden.

Wir würden, so führte der Minister weiter aus, alles tun und
 nichts unterlassen, was auch nur mit einiger Aussicht
 auf Erfolg zur Herbeiführung der Friedenserhandlungen
 dienlich sein könnte. Um den geeigneten Augenblick hierfür
 wahrzunehmen, verfolgen wir sorgfältig die Entwicklung der Stim-
 mung in den feindlichen Ländern. Solange aber unsere Geg-
 ner, wie es gegenwärtig leider der Fall ist, noch keine Ver-
 zeitwilligkeit zeigen, auf erste Besprechungen
 einzugehen, sind wir gezwungen, uns zu verteidigen und alles
 zu vermeiden, was unsere Feinde als Zeichen der Schwäche aus-
 legen würden und was sie daher zur Verlängerung des Krieges er-
 mutigen müßte.

Die Regierung sei sich dessen vollkommen be-
 wußt, welche schweren Opfer die breiten Volksmassen dem
 Vaterland gebracht haben und bringen. Weide auch
 in Zukunft die Opferwilligkeit der Bevölkerung des Vorkriegs un-
 serer Armee würdig, so sei zu hoffen, daß wir in nicht fern-
 er Zeit das uns Allen gemeinsame Ziel eines ehren-
 vollen und dauerhaften Friedens erreichen würden.

Die Hilfe aus Ungarn.

Budapest, 21. Juni. Infolge der Aufforderung des Bür-
 germeisters Rody, daß die Bevölkerung an je einem

Neue italienische Angriffe im Montello- gebiet und westlich San Dona — Bisher 40 000 Italiener gefangen — Englische heftige Teilvorstöße zwischen Arras und Albert — Französische Angriffe bei Wandelincourt.

Berlin, 22. Juni 1918, abends. Amtlich.
 Von den Kampfzonen nichts Neues.
 Amtlich. Großes Hauptquartier, 22. Juni
 1918. (S. 2. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Oberstabsgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Zwischen Arras und Albert dauerten die heftigen Teil-
 vorstöße des Feindes gestern bis zum Morgen an. Sie endeten
 mit vollem Misserfolg für den Gegner. Weidenseits der Scarpe,
 bei Soiry Bequerelle, Quéterne, Hamel und
 im Walde von Aveluy wurden harte englische Abteilungen
 teilweise in erbittertem Kampfe zurückgeschlagen. Auch an der
 übrigen Front trüb der Engländer mehrfach vergeblich Erkun-
 dungen vor. Bei Abwehr des Feindes und bei eigenen Vor-
 stößen täglich der Sommer machten wir Gefangene.

Feindlicher Pfliegerangriff auf Brügge fügte der Bevölke-
 rung Verluste zu.

Oberstabsgruppe Deutscher Kronprinz.
 Schwedisch von Rohon wiederholte der Feind mit härteren
 Absichtungen seine vergeblichen Angriffe südlich von Wandelin-
 court. Zwischen Dife und Worme schloste Tätigkeit des
 Feindes. Mehrfach angeführte Erkundungsvorstöße der Franzosen
 blieben erfolglos. Teilangriffe der Franzosen und Amerikaner
 nordwestlich von Chateau-Thierry wurden blutig ab-
 gewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister.
 Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 22. Juni 1918. Amtlich wird veröffentlicht:
 Die Kämpfe an der Piave haben gestern an Heftigkeit
 abgenommen. Wo die Italiener — wie in einzelnen Abschnitten
 des Montello und westlich von San Dona — ihre An-
 griffe erneuerten, wurden sie, wie früher, unter großen Verlusten
 zurückgeschlagen. Der Feind verlor zwischen dem 15. und
 20. d. M. durch unsere Pflieger und durch Abwehr von der Erde
 aus 42 Flugzeuge. Außerdem löste er 4 Zersplitterer ein.
 Die Zahl der Gefangenen ist auf 40 000 gestiegen. Unter
 diesen befanden sich auch einige tschecho-slowakische
 Legionäre, die sofort der durch die Kriegsgesetze vor-
 gesehene kaiserlich-königlichen Behandlung zugeführt
 wurden.

Der Chef des Generalstabes.

Tag im Juni und Juli auf die Mehration zu-
 gunsten von Wien verzichtet werden möge, haben schon
 heute ungemein zahlreiche Anmeldungen stattgefunden, so daß
 die Deckung für die zugesagten fünfzig Waggons
 Mehl außer Zweifel steht. Morgen werden fünfundsiebenzig
 Waggons Mehl nach Wien gehen.

Im Mai 614 000 Tonnen versenkt. Seit Kriegsbeginn 17 730 000 Tonnen.

Berlin, 22. Juni. Amtlich. Im Monat Mai sind
 insgesamt 614 000 Br.-Reg.-T. des für unsere Feinde
 unbrauchbaren Handelschiffraumes vernichtet worden.
 Der ihnen zur Verfügung stehende Welt handelschiffraum
 ist somit allein durch kriegerische Maßnahmen seit Kriegs-
 beginn um rund 17 730 000 Br.-Reg.-T. ver-
 ringert worden. Hiervon sind rund 10 820 000 Br.-Reg.-
 T. allein Verluste der englischen Handelsflotte.

Nach inzwischen gemachten Feststellungen sind im
 Monat April außer den seinerzeit schon bekanntgegebenen
 Verlusten der feindlichen oder im Dienste unserer Gegner
 verkehrenden Handelschiffe noch weitere Schiffe von
 rund 58 000 Br.-Reg.-T. durch kriegerische Maß-
 nahmen schwer geschädigt in feindliche Häfen
 eingebracht worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die ausbleibende Hilfe für die Kriegsopfer.

Viele schöne Worte für die Opfer des Krieges und daneben
 die nackte Feststellung des Genossen Bauer, daß die Krieger-
 wittwen und Kriegsbeschädigten die einzigen Rentenerziehler
 sind, die trotz der Kriegsnot keine Teuerungszulage
 erhalten, das ist das Fazit der gestrigen Reichstagsitzung. Man
 hat sich wieder einmal der am schwersten getroffenen Opfer
 des Krieges erinnert, um wieder einmal zu konstatieren, daß
 es ihnen trotz aller schönen Verheißungen im allgemeinen sehr
 schlecht geht.

Freilich, den Reichstag selber trifft hieran die geringere
 Schuld, wenn man ihn auch von dem Vorwurf mangelnder
 Energie zur Durchsetzung seiner wiederholt aufgestellten
 Forderungen nicht ganz freisprechen kann. Aber der konservative
 Abg. v. Winterfeldt hat ganz richtig betont, daß eine Vor-
 lage der Regierung, welche die sofortige Rentenerhöhung für
 Kriegswittwen und Kriegsbeschädigte vorsieht, die einstim-
 mige Zustimmung des Reichstages finden würde.

Aber die Regierung kommt nicht mit diesem Entwurf. Sie
 kündigt an und wieder an, aber zu der erwarteten Handlung rasi-
 sie sich nicht auf. Mittlerweile nagen schon viele tausend Kriegs-
 beschädigte und Kriegswittwen am Hungerloch. Genosse Bauer
 hat mit Recht darauf hingewiesen wie schnell die Regierung
 mit ein paar hundert Millionen für Frühdruschprämien
 bei der Hand ist, wie ägernd sie sich aber gegenüber den Kriegs-
 wittwen und Kriegsbeschädigten verhält. Der psychologische Zu-
 sammenhang ist gar nicht schwer zu erfassen, er soll hier ein-
 mal ganz offen dargelegt werden.

Der Landwirt, dem die Frühdruschprämie geboten wird,
 hat sein Getreide in der Hand. Ob er es hergibt oder nicht,
 das liegt zunächst noch in seinem Belieben, und er stellt sich
 auf den Standpunkt: Keine Leistungen ohne Gegenleistungen.

Der Kriegsbeschädigte aber hat schon alles hinge-
 geben, was nur irgendwie von ihm verlangt werden konnte.
 Er hat Arm und Bein geopfert, ohne nach der Gegenleistung
 zu fragen, im Vertrauen auf den verheißenen Dank des Vater-
 landes. Jetzt ist der arme Teufel zu nichts mehr nütze und
 kommt nun, den versprochenen Dank abzuholen. Die Mittel
 aber sind knapp, Geld ist wenig vorhanden. Hier steht der Bauer,
 von dem für das Geld etwas Wichtiges zu haben ist, dort der
 Kriegsbeschädigte, der keinen Nutzen mehr verspricht, so groß
 auch der Wert seines Opfers war. Aber dies Opfer ist gebracht
 und untwidererrlich. Wie naheliegend, daß man das Vorhandene
 zunächst dem gibt, der dafür mit einer Gegenleistung aufwartet
 und dann erst, falls noch etwas übrig bleiben sollte, an den
 denkt, dessen Leistung man schon längst verzehrt und verdaut
 hat. Was bezahlt gern eine Hotelrechnung aus dem vorigen
 Jahre, wenn auch vielleicht der damalige Kurzausfall seine
 Lebensrettung gewesen ist? Lieber hebt man sich das Geld auf
 für die Ladereise, die man heute unternehmen will. Nicht
 schön, aber menschlich.

Mit dieser Darstellung wollen wir niemand einen per-
 sönlichen Vorwurf machen. Es versteht sich, daß unsere
 Behörden, selbst die Finanzminister, als einzelne, als Menschen,
 besser und gerechter denken. Aber doch ist das der tatsächliche
 psychologische Zusammenhang, warum so viel für andere Zwecke
 und so wenig für die Kriegsopfer ausgegeben wird.

Bei der verjagenden Staatshilfe gewinnt die private
 Sammelerei eine unverdiente Bedeutung. Alle Vereinerungen,
 daß man dem Staat seine Verpflichtungen nicht abnehmen
 wolle, sind hinsichtlich, solange von Staatswegen nicht das Not-
 wendige geschieht. Darauf, daß diese Sammelerei etwas Bes-
 schämendes an sich trägt, namentlich auch für die, zu deren
 Gunsten gesammelt wird, ist hier schon hingewiesen worden.
 Jetzt aber stellt sich auch noch die Gefahr ein, daß die gesammelten
 oder von Staats wegen zur Verfügung gestellten Fonds zu
 Korruptionsfonds werden. Es ist an sich nichts da-
 gegen einzuwenden, daß die Sammelstätigkeit vereinheitlicht und
 damit unanständigen Elementen, die unter dem Deckmantel der
 Wohltätigkeit ihren Profit suchen, das Handwerk gelegt wird.
 Aber wenn zu diesem Zweck gewissen Sammlungen eine halb-
 amtliche und monopolartige Stellung eingeräumt wird, so ist
 notwendig, daß deren Leitung in absolut unpartei-
 lichen und vertrauenswürdigen Händen liegt.

Das ist aber nur bei den Sammlungen für die Kriegs-
 hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten der Fall. Dagegen hat
 man merkwürdigerweise bei der Sammlung zugunsten sonstiger
 ins Unglück geratener Kriegsteilnehmer einen anderen Weg
 eingeschlagen. Man hat diese Sammlung nicht, wie die beiden
 andern, einem unparteiischen Ausschuss unterstellt, sondern einer
 als politische Kampforganisation bisher unüblich bekannten
 Körperschaft: den Kriegervereinen. Dreihundert
 Millionen Mark sollen diesen von Reichswegen zur Grün-

Wang eines Reichskriegerdanks" zur Verfügung gestellt worden sein. Man fragt sich erstaunt, wie denn eine solche Dotierung ohne Zustimmung des Reichstages möglich ist.

Wie die Kriegervereine die Stiftung zu verwalten gedenken, darüber macht jedoch ihr geschäftsführender Vorsitzender, Geheimrat Westphal, im roten Tag" sehr interessante Angaben. Die Kriegervereine beanspruchen in allen leitenden und vermittelnden Organen der Stiftung die Hälfte der Vertreter, die andere Hälfte wollen sie gütigst Behörden, privaten Organisationen und Arbeitervertretungen einräumen. Der beherrschende Einfluß der Kriegervereine ist damit in allen Organen gesichert, die übrigen zugezogenen Vertreter stellen lediglich eine Dekoration nach außen hin dar.

Wie diese Stiftung arbeiten wird, das ist trotz aller gegenteiligen Versicherungen im voraus zu ersehen: Jeder Vorkämpfer wird zunächst befragt werden, ob er auch Mitglied eines Kriegervereins ist. Nun steht zwar in den Satzungen der Stiftung, daß sie auch Nichtkriegervereinsmitgliedern helfen will. Aber da sich jeder Vorkämpfer an die Kriegervereine wenden muß, so ergibt sich naturgemäß tausendfach Gelegenheit, so lange auf ihm herumzuknien, bis er Kriegervereinsmitglied geworden ist. Ist der Vorkämpfer aber rückgratfest und tritt nicht bei, nun, so braucht man ihn ja nicht ins Gesicht zu sagen, daß er deswegen abgewiesen wird. Es gibt da tausenderlei andere Vorwände, wie mangelnde Mittel usw.

Weiter: Die Kriegervereine führen einen erbitterten Kampf gegen die Sozialdemokratie. Ihr Vorkämpfer, künftige Sozialdemokrat auszunehmen, ist durch die ungeschwächtesten Bedingungen, monarchischer Gesinnung usw., so deutlich als ein Scheinmanöver charakterisiert, daß selbst der Zentrumsgabardinierte Giesberts stark bezweifelte, ob es den Kriegervereinen mit ihrer neuerdings proklamierten Neutralität ernst sei. Zahllose Mitglieder sind jedenfalls vor dem Kriege von den Kriegervereinen wegen Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft oder Konsumgenossenschaft ausgeschlossen worden. Wenn diese jetzt als Kriegsteilnehmer in Not geraten, so muß man ihnen die Charakterlosigkeit zu sich bittend an dieselben Leute zu wenden, von denen sie ehemals wie Ausschüsse hinausgewiesen worden sind! Man schafft also eine Stiftung für Kriegsteilnehmer, von deren Genuß Sozialdemokraten praktisch ausgeschlossen sind. Und dazu gibt der Staat dreihundert Millionen!

Dieser ganze Reichskriegerdank wird in der Hand der Kriegervereine nicht werden als ein politischer Karzuktionsfonds. Zuwendungen aus ihm werden erhalten: konservative Wähler, Mitglieder großer Arbeitervereine, Streikbrecher und wer sich sonst als Staatskluge ausweisen kann. Dem irgendwelcher oppositioneller Neigungen verdächtigen Hilfsbedürftigen aber wird man die Tür vor der Nase zuklopfen.

Die Uebertragung dieses Fonds an die Kriegervereine ist ein öffentlicher Skandal. Schrieb doch selbst die sozialindustrielle „Mährisch-Schlesische Zeitung" vor einigen Wochen, daß die Kriegsteilnehmer für das ganze Treiben der Kriegervereine nichts übrig hätten, daß sie „einen weiten Bogen um die Kriegervereine" machen würden. Aber wohl gerade, um das zu vermeiden, ist die ganze Sache inszeniert worden.

Der Reichstag sollte sich mit dieser Schaffung eines politischen Arzuktionsfonds etwas ernsthafter befassen. Auch manchem bürgerlichen Politiker, der jetzt nichts ahnt, werden vielleicht später die Augen übergehen. Die Stiftungen zugunsten der Kriegssopfer dürfen auf keinen Fall politische Kampfmittel werden.

Streikunruhen in Budapest.

Streik in militärischen Betrieben — Blutige Zusammenstöße — Tote und Verwundete — Der Streik wächst.

Budapest, 21. Juni. (Abgeordnetenhause.) Graf Michael Karolyni brachte die Lohnbewegung unter den Arbeitern der Maschinenfabrik der Staatsbahnen zur Sprache, welche heute zu Unruhen geführt haben. Hierauf erfolgte das Einschreiten der Gendarmen. Zusammenstöße zwischen streikenden Arbeitern und Gendarmen verursachten den Tod von vier Personen, fünf wurden schwer, zwölf leicht verletzt. Karolyni bezeichnete die Forderungen der Arbeiter, welche schlechter gestellt seien als in privaten Betrieben, als berechtigt und erklärte:

Die rückschrittliche Lösung der Wahlreformfrage

Sehe wesentlich zur Erregung der Stimmung beigetragen. (Großer Lärm. Rufe: Reizen Sie nicht die Massen auf!)

Ministerpräsident Dr. Weferele ergriff das Wort. Er drückte zuerst sein tiefes Bedauern über den traurigen Vorfall aus, daß die Polizei zur Herstellung der öffentlichen Ordnung die Waffe zu gebrauchen genötigt und dies leider mit Menschenopfern und vielen Verwundungen verbunden gewesen sei. Der Ministerpräsident erklärte, er müsse die Behauptungen Karolynis in bezüglichen Punkten berücksichtigen. Zu diesem Behufe verlas

Polizeibericht.

Dieser besagt:

In der Maschinenfabrik der ungarischen Staatsbahnen, deren Arbeiter seit Beginn dieses Monats in ein Landkürmabattillon eingereiht sind, waren infolge von Lohnforderungen Arbeitseinstellungen auf der Tagelohnbau. Die Arbeiter forderten statt 90 Heller Stundenlohn 180 Heller. Oberst Danning er schien hierauf in der Fabrik und erklärte, er sei für die Lohnfrage nicht zuständig und ermahne die Arbeiter, nicht zu streiken. Die Arbeiter setzten die Arbeit fort. Am 19. Juni, 8 Uhr früh, stellten sie dieselbe wieder ein. Um 9 1/2 Uhr, bei Beginn des Streiks, wollte man flüssiges Eisen durch arbeitswillige Hilfsarbeiter ausgießen lassen, damit die Arbeit nicht unbrauchbar würde. Die Arbeiter wurden jedoch von einem der Streikenden bedroht. Dieser Streikende wurde nun zur Vernehmung beordert, er kam jedoch nicht allein, sondern zog mit 400 Arbeitern vor das Gebäude des Kommandos. Major Pfejontke forderte die Versammelten auf, sich zu zerstreuen, und Gendarmen trieben die Versammlung auseinander. Nach einer Viertelstunde erschienen jedoch tausend Arbeiter, die inzwischen die Arbeit niedergelegt hatten, vor der Kanzel. Ein Fabrikbeamter versuchte die Arbeiter zu bewegen, daß sie sich entfernen. Der Major erschien und ermahnte die Arbeiter, Gehorsam zu leisten, da sonst schwere Folgen eintreten würden. Es ertönte jedoch aus der Menge der Rufe: „Jetzt gehen wir erst recht nicht weg!" und die Arbeiter verblieben auf dem Platz. Die Gendarmen versuchte, sie ohne Waffengebrauch zu zerstreuen, es wurden aber auf Gendarmen Offensivschläge und auch der Major wurde am Kopfe und an der Hand verwundet. Aus den Werkstätten erfolgten zwei Schüsse. Angesichts dieser Vorkänge ordnete der Major den Ge-

brauch der Schußwaffe an, jedoch kommandierte er keine Salve. Die Gendarmen schossen auf diejenigen, die sie angriffen und mit Eisenhüden beworfen hatten. Vier Arbeiter wurden getötet, 19 verwundet. Infolge der Schüsse kränkten die Arbeiter aus der benachbarten Ganzsüden Waggonfabrik herbei und verwüsten die Kanalaräume. Der Gendarmen gelang es, die auffässigen Arbeiter zu verzeihen.

Der Ministerpräsident erklärte, es werde eine Untersuchung eingeleitet werden, ob der Waffengebrauch notwendig und begründet war. Er bemerkte weiter, daß die Arbeitseinstellung sich ausdehne und

in einer großen Anzahl Fabriken gestreift

werde. Weferele sagte, er mache nicht die verheerenden Massenverantwortlich, sondern die Organisatoren und Aufwiegler. Er wolle auch künftighin mit den Arbeitern wohlwollend und schonungsvoll verfahren, jedoch könne die Forderung der Arbeiter nicht bewilligt werden, daß man die Gendarmen aus den Fabriken entferne und die Gewerkschaften einen entscheidenden Einfluß ausüben lasse. Falls die Arbeiter den Streik beendigen, so werden alle ihre berechtigten Wünsche erfüllt werden, jedenfalls wird die Grenze der Lohnsätze ganz auf dieselbe Höhe gesetzt werden, wie in Privatfabriken.

Graf Michael Karolyni rief dagegen: „Man hätte damit anfangen sollen!"

Der Ministerpräsident wendete sich gegen Karolyni. Er sagte, er wisse nicht, seit wie lange Karolyni die Rolle eines Verteidigers der Arbeiterinteressen zu spielen begonnen habe. Er, Weferele, habe seit Beginn seiner Laufbahn für die Arbeiterfürsorge sehr viel getan, was die Arbeiter selbst dankbar anerkennen. Heute handelt es sich um Herstellung der Ordnung, und er werde seinen Platz, dessen er sonst unwürdig wäre, nicht eher verlassen, bis die Ordnung hergestellt und gesichert sei. Er werde gegen die Aufwiegler einschreiten (Langanhaltende Eisenrufe), aber gegen die Arbeitermassen schonend verfahren. Schließlich werde die Regierung alle diejenigen an den Pranger stellen, die die Arbeiterbewegung für politische Zwecke ausnützen wollten. (Langanhaltender Beifall.)

Handelsminister Szterenyi verteidigte sich gegen den Vorwurf Karolynis, daß die Lage der Arbeiter in den Staatswerkstätten schlechter sei als in Privatbetrieben, und verwies darauf, daß die Regierung erst vor Monatsfrist für eine Lohnaufbesserung der Arbeiter eine Jahreslast von 87 Millionen Kronen auf sich genommen habe und daß nach Vereinbarung mit den Arbeitern sozusagen alle ihre Wünsche erfüllt worden seien. Nachdem die Regierung zur Verbesserung der Lage der Arbeiter 87 Millionen geopfert habe, sagte Szterenyi, könne man nicht sagen, daß sie gegenüber den Arbeitern eine proklamatorische Haltung betriebe habe. Die Beschwerdekommission, welche in der Maschinenfabrik der Staatsbahnen wirkt, hat mit nahezu einstimmigem Beschluß neue Lohn erhöhungen abgemessen. Die Arbeiter respektierten jedoch das Urteil der Beschwerdekommision nicht, sondern streikten. Dieser Streik in der staatlichen Maschinenfabrik währte sechs bis sieben Tage und wurde schließlich unter meiner Vermittlung auf der Grundlage beigelegt, daß die Arbeiterlöhne in der Maschinenfabrik in derselben Höhe festgesetzt werden sollen wie die Löhne der Werkstättenarbeiter. Die Arbeiter waren damals damit vollständig zufrieden und haben mir für meine Bemühung durch eine Deputation ihren Dank ausgedrückt. Graf Karolyni hat sich auf eine Verordnung berufen des Inhalts, daß man im Falle eines Streiks mit den Arbeitern nicht verhandeln, sondern sofort mit militärischer Strenge vorgehen müsse.

Diese Verordnung ist angeblich unter meiner Mitwirkung erlassen worden. Das ist nicht richtig. Es verhält sich so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militärisiert wurden, lediglich die Kompetenz des Kriegsministers begründet ist, der lediglich nach militärischen Normen verfügt. In diesen Betrieben besitze ich keinerlei Einfluß. Falls Arbeitseinstellungen erfolgen, wird die Arbeiterbewegung künstlich genährt. Im Kohlenbergwerk in Petroszény herrscht seit einigen Tagen ein Streik. Sechshundert Waggons Kohlen fehlen täglich im Verkehr. Der Streik ist ausgebrochen, weil der militärische Befehlshaber über einen Arbeiter eine Disziplinarkraft verhängte und die anderen Arbeiter sich mit diesem widerspenstigen Arbeiter solidarisch erklärten.

Der Handelsminister schließt damit, daß leider auch im Post- und Telegraphenwesen Zeichen von Unruhe bemerkbar seien. Er habe jedoch erklärt, daß er, falls der Eisenbahn- und Postverkehr gestört werde, mit unerbittlicher Strenge einschreiten werde. Es sei Pflicht des Handelsministers dem Lande gegenüber, jene großen Interessen, die sich an Eisenbahn und Post knüpfen, unter keinen Umständen stören zu lassen. (Leb. Beifall.)

Balfour will Frieden durch Kampf bis zum Ende.

Wie das Reutersche Bureau aus London berichtet, hielt Balfour im weiteren Verlaufe der gestern erwähnten Unterhausung vom Donnerstag eine Rede, in der er auf die Ausführungen Snowden bei dessen Unterstützung des Morrellschen Antrages einging und sagte:

Snowden habe gefragt, was mit dem Ausbruch Friedensoffensive gemeint sei. Er meine damit jeden Versuch, durch eine Rede oder auf andere Weise unter dem Vorwand des Wunsches nach einer ehrenvollen Beendigung des Krieges in den Kampf der Alliierten für die große Sache der Freiheit Zwietracht zu bringen und die einzelnen Mitglieder der Allianz zu entmutigen. Die Rede Snowden sei ein Beispiel für die ehrenvolle Beendigung des Krieges, niemand wünsche den Krieg wegen irgendwelcher untergeordneter Motive fortzusetzen.

Snowden habe eine Uebersicht über die Friedensvorschläge gegeben, die von Zeit zu Zeit von den Mittelmächten ausgingen. Sei aber einer davon so gewesen, daß ihn ein vernünftig denkender Historiker als annehmbare Friedensbasis hätte betrachten können? Gebe es irgendwelche Anzeichen dafür, daß Vorschläge, wie der Brief des Kaisers von Oesterreich oder irgendwelche anderen Vorschläge in der Absicht gemacht wurden, einen Frieden zu erhalten, den selbst ein Mann wie Snowden als annehmbaren Frieden betrachten würde? England habe niemals irgendwelche Vorschläge zurückgewiesen, die seiner Meinung nach auch nur die geringste Aussicht auf einen Frieden, wie ihn alle wünschten, gewährt hätten.

Es sei gar kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die deutsche Regierung es mit einem solchen Friedensangebot jemals ernst gemeint habe. Habe die deutsche Regierung jemals offen und deutlich in einem ihrer Dokumente oder ihrer Reden erklärt, daß Belgien aufgegeben, wiederhergestellt und wieder in eine Lage absoluter wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit versetzt werden würde? Er kenne keine solche Erklärung. Dann hätten es die deutschen Staatsmänner so bergerichtet, als ob sie den englischen Staatsmännern annehmbare Friedensbedingungen angeboten und als ob die englischen Staatsmänner darauf bestanden, den Krieg fortzusetzen.

In Anknüpfung an Aeußerungen Snowden über die Geheimverträge, die dem Frieden hinderlich seien, sagte Balfour:

Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß der Vertrag mit Italien dem Frieden im Wege stehe. Die Alliierten sind bereit, in ihrer Gesamtheit auf alle vernünftigen Vorschläge zu hören.

Die Regierung wird ihre Ohren einem vernünftigen Vorschlage nicht verschließen.

Nimmt Snowden wirklich an, daß, wenn ein solcher Vorschlag gemacht würde, die Tatsache, daß die Regierung vor drei Jahren anders darüber dachte, sie jetzt daran hindern würde ihn anzunehmen? Alle Vorschläge, die an die Alliierten gelangen, werden so beurteilt, wie sie es verdienen. Wenn sich herausstellen sollte, daß die vor einigen Jahren geschlossenen Verträge im gemeinamen Interesse der Allianz der Abänderung bedürfen, so zweifle ich nicht daran, daß die Italiener selbst einen Abänderungsvorschlag machen werden.

In weiteren Sätzen bestritt Balfour nachdrücklich, daß die Verträge Veranlassung zu Schwierigkeiten zwischen England und Italien seien. Dann fuhr er fort:

Jetzt, wo Rußland weggefallen ist, haben wir die Aufgabe, den deutschen und österreichischen Anstrengungen im Westen zu widerstehen und alles, was in unserer Macht liegt, zu tun, um Rußland in seinem nationalen Selbstbewußtsein wieder herzustellen. Die Tatsache, daß Rußland im Kriege nicht mehr mitzählt, hat den übrigen Alliierten eine schwere Bürde aufgeladen. Ich glaube, daß wir diese Last aushalten werden. Dies, sagte Balfour, sei der allerletzte Augenblick, in dem es wahrscheinlich wäre, daß die Alliierten den Mittelmächten Vorschläge machen würden, oder, soweit er beurteilen könne, die Mittelmächte den Alliierten, es sei denn zu dem einen Zweck der Friedensoffensive. Soweit er sehen könne,

beabsichtigen die Mittelmächte in der Richtung zum Frieden folgenden: den Alliierten als Ganzem unannehmliche Bedingungen vorzuschlagen, aber einem bestimmten Mitgliede der Alliierten Bedingungen zu stellen, die für dieses Mitglied, wenn es nur an seine eigenen Interessen dachte und nicht an die Interessen des Ganzen, außerordentlich günstig wären. Die Mittelmächte beabsichtigen auf diese Weise,

die Mitglieder der Allianz von einander zu trennen.

Einige von ihnen würden in isolierter Stellung vollständig hilflos sein und seien nur durch die Einigkeit hart.

Er tadelt die Mittelmächte nicht, daß sie eine solche Falle legen. Wohl aber würde er die tadeln, die in diese Falle hineingehen, und am meisten tadelt er seine pazifistischen Freunde von der Opposition. Wir alle, sagte Balfour, wünschen eine gerechte Befriedigung der nationalen Bestrebungen auf der ganzen Welt. Wir alle haben den Wunsch, daß die Vereinbarungen auf der Friedenskonferenz, sobald es zu einer solchen Konferenz kommt, so sein werden, daß sie möglichst wenig von jenen ewigen Ursachen der Reibung und Eifersucht überlassen, die die Nationen noch mehr trennen als die großen. Wir wünschen einen ehrenhaften Frieden, aber je mehr die Zeit vorschreitet, desto mehr sind wir davon überzeugt, daß

dieser Friede nur durch den Kampf bis zum Ende

erreicht werden kann, dadurch, daß wir darauf achten, daß es nicht mehr in der Macht einer Nation wie Deutschland liegen darf, eine Wiederholung der Uebel herbeizuführen, unter denen die ganze zivilisierte Gemeinschaft der Nationen in der alten und neuen Welt jetzt hoffnungslos seufzen muß.

Auch dieser Rede kurzer Sinn ist der, daß Balfour keinen Finger breit von den Wegen abweicht, die sich die englischen Staatsmänner für diesen Weltkampf gestellt haben. Immer noch sehen sie nicht gesichert, was sie aus dem Weltwirbel zu fassen gedachten, und immer noch sehen sie weitere Möglichkeiten, gegen den Feind, den sie nicht werfen konnten, schwere Minen spritzen zu lassen.

Kein Satz der Rede, der die Friedensfrage mit diplomatischer Wortakrobatik ansieht, kann täuschen. Nicht früher will diese Regierung Englands Friedensangebote für ernsthaft halten, als bis sie sich englischen Wünschen anbequemen. Die zum Schluß wieder einmal ausgesprochene Ueberzeugung, daß der Kampf bis zum Ende für den Frieden nötig sei, hört alle Versuche, aus einzelnen Wendungen pazifistische Hoffnungen herauszulösen, roh zu Boden. Man weicht jeder Aussprache aus, die doch allein über die Friedensausichten Klarheit geben könnte. Kein Sach von Verhandlungsmöglichkeit in dieser Stunde ist in Balfours Rede, das ist ihre Signatur. Es bleibt bei der Versailler parole.

Es ist sicher bemerkenswert, daß in der Unterhausdebatte die Kriegsbeständigkeit Italiens, mit Fragezeichen behängt, eine Rolle spielte. Aber Balfour wies die Zweifler ab. Natürlich, so müssen Staatsmänner noch in der Vorkunde des Zusammenbruchs vor der Öffentlichkeit reden. Und danach hat auch der italienische Ministerpräsident am letzten Sonntag in der Kammer sich gehalten. Man war auf das, was er schließlich nach dem Vorstoß Modiglianis zur Friedensfrage sagen würde, vorbereitet. Er sagte es in Form eines „feierlichen Glaubensbekenntnisses", das nach dem gewaltigen Unglück des letzten Oktobers durch das „prächtige Beispiel des heutigen Widerstandes" gestärkt sei. Nämlich:

„Die Regierung wird keine Gelegenheit vorbegeben lassen, einen gerechten und ehrenhaften Frieden zu schließen. Ich versichere jedoch, dem Lande und dem Parlament in feierlichster Form, daß sich bis jetzt keine Gelegenheit zu einem ehrlichen Frieden bot."

Und Orlando fügte hinzu: „Sinnlich gewisser Friedensvorschläge mußte die alldeutsche Presse selbst zugestehen, daß es sich um Manöver handelte. Man wollte Frankreich und Italien, die der Feind geschlagen und vernichtet wüßte, nicht Friedensmöglichkeiten, sondern nur eine Kapitulation anbieten." Von den Unzulässigen, die es anders meinten in Deutschland, und die sich auf eine wichtige offizielle Mehrheit des Volkes stützen konnten, von denen redet dieser italienische Minister des unbedingten Kriegswillens selbstredend nicht. Er macht sich die Beweisführung wie alle seine europäischer und außereuropäischer Kollegen bequem, und es ist ihm bequem gemacht.

Orlando formt seine Erklärung zum Frieden den Umständen gemäß, die der innere Zustand Italiens zu berücksichtigen zwingt. Der Kern der Erklärung aber — das zeigt der zweite Satz und darauf kommt es an — deckt sich mit dem, was Balfour gesagt hat. Auch Orlando riskiert es, an der Versailler Kriegsparole festzuhalten, und dafür werden jetzt abermals Tausende von Italienern in Venetien in den Tod gejagt.

Das neue bulgarische Kabinett.

Malinoff Ministerpräsident.

Sofia, 22. Juni. (Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur.) Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Vorkriegs- und auswärtige Angelegenheiten: Malinoff, Inneres: Taleff, Finanzen: Lipateff, Öffentlicher Unterricht: Kostirko, Justiz: Professor Danaloff, Ackerbau: Medjaroff, Öffentliche Arbeiten: Muchanoff, Eisenbahn: Professor Koloff. Die meisten Mitglieder des Kabinetts gehören der demokratischen Partei an. Kostirko und Lipateff sind aus der Radom-Partei hervorgegangen. Der Kriegsminister war bis jetzt Oberbefehlshaber der 4. Armee. Taleff, Lipateff, Muchanoff und Koloff gehörten schon dem ersten Kabinett Malinoff an, das von 1908 bis 1911 im Amt blieb.

Malinow hat kein Koalitionskabinett gebildet. Nach dem Scheitern der Versuche Radostanows kam ein solches Ziel nicht mehr in Betracht. Da Malinow, der einst russophob war, heute die Ziele der auswärtigen Politik, die für Radostanow galten, anerkennt, wird es ihm in den Fragen, die durch die Zeit zunächst oben gestellt sind, kaum an einer Mehrheit in der Sobranje fehlen.

Die russische Gegenrevolution.

Die Eisenbahner gegen die Tschekoslowaken.

Moskau, 21. Juni. Nach Presseberichten soll sich General Dutow mit den tschechischen Truppen unweit der Station Soworin vereinigt haben. Die neue sibirische Regierung hat auf der ganzen Omsker Bahn infolge von Ueberfällen, die von Abteilungen der Eisenbahner auf der Linie Omsk-Tjumen auf Tscheken gemacht worden sind, den Kriegszustand erklärt. Tscheken und Kofaken bringen unter Führung französischer Offiziere in Tschim ein.

Nach Meldung der „Iswestija“ soll von der Sowjet-Regierung in allen an der ostsibirischen Bahn gelegenen Ortschaften der Kriegszustand erklärt worden sein, ferner sind alle Arbeiter und Besitzlosen Bauern über 18 Jahre einberufen worden.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, daß über das Gouvernement Tambow der Kriegszustand erklärt worden ist.

Moskau, 20. Juni. Nach Meldungen der Presse ist im Gebiet von Samara die Herrschaft der Bolschewiki gestürzt und alle Sowjets sind für unzulässig und aufgelöst erklärt worden. Den militärischen Oberbefehl über Samara hat ein Kollegium mit Oberst Galkin an der Spitze übernommen. An mehreren Stellen der Stadt soll die alte russische Nationalflagge gehißt worden sein.

Amsterdam, 22. Juni. Einem hiesigen Blatte zufolge erzählt die „Times“ aus Tokio: Die sonntägliche japanische Zeitung „Dschidai“ schreibt, daß die Alliierten jetzt ernstlich eine Intervention in Sibirien erwägen. Diese Frage werde in der nächsten Zukunft aktuell werden.

Moskau, 22. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Von der tschechisch-slowakischen Front wird gemeldet: Der Rat der Volkskommissare erhielt aus Jekaterinburg die Nachricht, daß die Sowjettruppen nach einem Kampf auf der Front Schirin-Urol in der Richtung auf Ural die Fabriken in Kaslin bei der Station Mooska, 125 Werst von Jekaterinburg und 100 Werst von Tscheljabinsk eingenommen haben. Hiernach befindet sich die Hälfte der Eisenbahn Jekaterinburg-Tscheljabinsk in den Händen der Sowjettruppen. Nach verbürgten Meldungen sollen in dem Tal der Soimanaka (?) nordwestlich von Tscheljabinsk 7 Abteilungen Tscheko-Slowaken mit drei leichten und zwei schweren Geschützen im allgemeinen gehen die tschechisch-slowakischen Truppen einem Kampfe aus dem Wege und sammeln sich im Bezirk von Nschymal (?).

Rußland will keinen neuen Krieg mit Deutschland.

Die Sowjets an die Alliierten.

Stockholm, 21. Juni. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die offiziöse „Iswestija“ wendet sich in einem Artikel gegen die Bestrebungen, Rußland ohne Rücksicht auf seinen Mangel an Vorbereitung und auf Abneigung seiner Bevölkerung in einen neuen Krieg zu treiben. Sie schreibt: „Die zu diesem Abenteuer hegen, mögen sich bemüht sein, daß sie bei der Verwirklichung ihrer Pläne auf den verzweifeltsten Widerstand des revolutionären Rußland stoßen werden. Ein solcher Trost für sie sind die Phantasmen verräterischer Sozialisten, die sich einbilden, die Macht der Sowjets in die Luft sprengen zu können, indem sie die angebliche Enttäuschung der Massen über die Sowjet-Regierung in die Welt hinausposaunen. Die Regierung bleibt unerfütterlich in ihrem Vertrauen. Es werden sich nicht nur Millionen von Arbeitern und Bauern in revolutionäre Legionen verwandeln, um im äußersten Notfall die Sowjetmacht zu verteidigen, sondern auch überall werden die Massen nicht dulden, daß Rußland in einen neuen Krieg mit Deutschland geht. Die Alliierten wissen wohl, daß sie selbst, wenn sie sich die Mitarbeit gewisser treuloser Elemente bei ihrem gegen die Sowjets gerichteten Abenteuer zu sichern wüßten, dies nur den Sturm des Bürgerkrieges in ganz Rußland zur Folge hätte. Vielleicht ist es zu spät, so auf die Gefahren des betretenen Weges hinzuweisen. Trotzdem wollen wir am Vorabend entscheidender Ereignisse, die der gesamten Geschichte eine neue Richtung geben sollen und in Voraussicht gewaltiger Katastrophen, des vollkommenen Scheiterns der Anschläge des antigermanischen Bundes, voll tiefer Besorgnis für beide Parteien unseren alten Rat zu wiederholen: die einzig gerechte und für beide Teile vorteilhafte Politik ist die, welche die Alliierten dazu führen wird, die Sowjet-Regierung anzuerkennen, dem revolutionären Rußland zu helfen und es bei der Wiederherstellung seines wirtschaftlichen Apparates zu unterstützen. Jede andere Politik wäre nicht nur ein Verbrechen, sondern ein Fehler. Die unglücklichen Völker zahlen oft einen zu hohen Preis für die Fehler ihrer Regierungen.“

Das Frauenstimmrecht in Frankreich.

Paris, 22. Juni. Nach einem Pariser Spezial-Bericht hat der Senator Louis Martin einen Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechts für die Kreise- und Gemeindegewählten eingebracht.

Die Schlacht in Italien.

Wien, 21. Juni. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Die erbitterten Kämpfe an der Südwesfront, die die von allen Seiten herangeführten Massen der italienischen Heeresverbände, scheinen ihren Höhepunkt überall dort zu erreichen, wo unsere bisherigen Erfolge eine gefährdende Presse in die italienische Verteidigungslinie legten. Doch wie bisher überall, haben auch gestern und vorgestern alle Vorstöße und Bemühungen des Gegners, die mit rücksichtslosem Einsatz an Kräften durchgeführt wurden, unter schwersten Verlusten mit gänzlicher Erfolglosigkeit geendet. Alle im Generalkabberichte von heute erwähnten Einzelheiten beweisen sowohl die Brauere unserer unvergleichlichen Infanterie, wie auch die verzweifelte Erbitterung, mit der

Division auf Division der Italiener vergeblich

gegen unsere Linien Sturm läuft. In einem Frontraum von nur zwei Kilometer Breite acht Regimente in dicht massierter Formation unter der konzentrischen Wirkung der vereinigten feindlichen Batterien gleichzeitig in den Kampf werfen, heißt soviel auf eine Karte setzen, daß der Wert des erhofften Erfolges den Aufwand an Kräften rechtfertigen muß, ein Beweis dafür, wie schmerzhaft die italienische Heeresleitung diesen Mißerfolg und ihre bisherigen Verluste empfindet, die nicht so sehr an verlorenem Gelände, als an dem enormen Verbrauch von Kampfernergie, Material und Reserven fühlbar werden.

Italienischer Heeresbericht vom 21. Juni. Der Druck des Gegners auf dem Montello blieb auch gestern stark. Doch begegnete ihm unsere Truppen überall, indem sie Gegenangriffe machten und Boden zurückgewannen. Versuche des Feindes, nach Westen und Süden vorzudringen, machten den Kampf besonders lebhaft östlich der Linie Casa Obeller—Bavaria und in der Umgebung des Bahnhofes von Herbesa. Die Brigade Biffa ging mit bewundernswürdigem Mut vor und brachte 400 Gefangene und viele Maschinengewehre ein. Außerdem entriegelte sie dem Feinde zwei unserer Batterien mittleren Kalibers, die unversehrt waren und rasch gegen den Gegner in Tätigkeit gesetzt wurden. An der Piave verhärtete sich der Kampf in einigen Abschnitten. Westlich von Candelu wurde ein feindlicher Angriff restlos abgewiesen. Weiter südlich auf der Höhe Sagara Jenson setzte sich unsere in der Nacht vom 19. zum 20. begonnene Gegenoffensive unaufhaltsam fort und brachte uns auf die Stellungen des Vortages zurück, wobei der Feind seinem tapferen Widerstand entsprechende Verluste erlitt und einige Hundert Gefangene in unseren Händen ließ. In dem Abschnitt

westlich von San Dona

versuchte der Feind eine starke Unternehmung gegen Loffon. Obwohl er durch unser Feuer zum Stehen gebracht wurde, erneuerte er viermal seine Angriffe, bis er erschöpft durch außerordentlich schwere Verluste vor der unglücklichen Tapferkeit der sardinischen Brigade Saffari zurückweichen mußte. Nördlich von Cortellazzo brachen italienische Motorenabteilungen, mit Verfolgung an Mühnheit wetteifernd, in die feindlichen Linien ein, machten 200 Gefangene und behaupteten fest ihren Besitz. Bei Casa Zucharina haben wir unseren Vortrupp erweitert. Die Zahl der seit Beginn der Schlacht bisher gemachten Gefangenen beträgt 12 000.

Der U-Bootskrieg im Mittelmeer. Eines unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Marschall, versenkte im Sperrgebiet des Mittelmeeres auf 15 tägiger Unternehmung 7 Dampfer von rund 23 000 Br.-Reg.-T. Alle Dampfer waren außerordentlich wertvoll. Die Ladungen bestanden aus Baumwolle, Benzin, Öl und Stahlgut.

Konsumvereine und Handelskammern.

Dem vom Reichstage eingeleiteten Ausschuss für Handel und Gewerbe lag in der Sitzung vom 21. Juni eine Petition zur Verhandlung vor, in welcher die Konsumvereine eine Vertretung in den Handelskammern verlangten. Das Referat hatte der Abg. Jädel. Er trat sehr entschieden für die Forderung der Petition ein. Ein Fünftel der Deutschen Bevölkerung sei als Konsumenten in den Konsumvereinen organisiert und es sei eine Ungerechtigkeit, die Leute, die diese gewaltige Arbeit im Handel und Gewerbe leisten, aus den Handelskammern fernzuhalten. Er beantragte, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Zentrumsgewählte Bell und der Fortschrittler Vortschadt bekämpften diesen Antrag mit Verfassungsbedenken. Die Frage gehöre vor die Parlamente der Einzelstaaten. Dieser Anschauung trat der Genosse Hilfenbrandt mit großer Schärfe entgegen. Er wies nach, daß in hundertern von Fällen der Reichstag zu Fragen Stellung genommen habe, die in erster Linie vor die Parlamente der Einzelstaaten gehörten. Er beantragte schließlich, die Verhandlungen zu vertagen und Vertreter der Regierung zu den weiteren Verhandlungen hinzuzuziehen.

Von bürgerlicher Seite wurde demgegenüber gesagt, man könne sofort entscheiden, indem man die Petition der Regierung als Material überweise.

Nach längerer Debatte kommt es zur Abstimmung. Der Antrag, die Regierung zu den weiteren Verhandlungen hinzuzuziehen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt; demgegenüber der Antrag des Referenten, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. Angenommen wurde dann der Antrag, die Petition als Material der Regierung zu überweisen.

Heydebrand prophezeit wieder!

Dieser Tage fand in Dieguit ein konservativer Parteitag für Schlesien statt, in dessen Mittelpunkt eine Rede Heydebrands stand. Heydebrand prophezeit, daß wir nach in diesem Jahre den Frieden haben werden. Es ist gerade ein Jahr dergleichen, seit Herr v. Heydebrand, gleichfalls auf einer schlesischen Versammlung, den Frieden infolge des verschärften U-Boot-Krieges binnen zweier Monate prophezeit. Ob ihm dies nicht bei seiner diesjährigen Prophezeiung eingefallen ist? Natürlich will Heydebrand nur den Schwerefrieden und erklärt deshalb das Gerücht von einer Friedensoffensive für schädlich, wovon er in schärfster Weise von den bekannten Artikeln der „Kreuzzeitung“ abrückte.

Im übrigen pries Herr v. Heydebrand den Obrigkeitstaat, während er die Schwäche der Demokratie an zwei fürchterlichen Beispielen nachwies: Der Friedensresolution des Reichstages und der Einbringung der Wahlrechtsvorlage! Wenn Herr v. Heydebrand keine besseren Trümper gegen die Demokratie hat, so wird er wenig Eindruck machen.

Das Verfahren gegen die „Deutsche Zeitung“. Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlichte gestern eine Meldung, wonach das Verfahren gegen die „Deutsche Zeitung“ wegen Verleumdung des Staatssekretärs v. Kühlmann eingestellt worden sei. Diese Entsch. hatte besonders kurze Weile, denn wenige Stunden darauf teilte die „Deutsche Zeitung“ selber mit, daß die Hauptverhandlung gegen ihren verantwortlichen Schriftleiter, Dr. Lohmann, sowie gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Altsüdwestenblätter“, Dr. Dumcke, vor der 7. Strafkammer des königlichen Landgerichts I in Berlin auf den 4. Juli angesetzt worden ist.

Das Scheitern der Wahlrechtsvorlage. Ein hiesiges Spätabendblatt teilt in sensationeller Aufmachung mit, daß mit weiteren Lesungen der Wahlrechtsvorlage nicht zu rechnen sei. Am 6. Juli

gebe der stellv. Ministerpräsident Dr. Friedberg auf Urlaub, was wohl kaum der Fall wäre, wenn sich das Abgeordnetenhaus, das am 4. Juli zusammentritt, noch weiter mit der Wahlreform beschäftigen. An maßgebender Stelle werde übrigens mit Neuwahlen im September und Oktober des Jahres gerechnet.

Daß die Regierung mit dem Gedanken einer Auflösung des Abgeordnetenhauses zum Herbst umgeht, haben wir unsere Lesern schon vor Wochen mitgeteilt. Wir haben aber hinzugefügt — und betonen dies heute noch —, daß die Regierung nicht Herr ihrer Entschlüsse ist, da sie die Auflösung von der allgemeinen Lage, namentlich auch der Kriegslage abhängig machen will. Was die weiteren Lesungen anbetrifft, so wird unseres Wissens die fünfte Lesung der Wahlreform noch stattfinden, da das Abgeordnetenhaus am 4. Juli einzig zu diesem Zweck zusammentritt. Sollte das Abgeordnetenhaus durch abermalige Verhandlungen freilich noch weitere Lesungen erforderlich machen, so müßte schon eine wahre Schaßkammer der Regierung dazu gebären, um sich ein solches auf der Kasse herumtanzen zu lassen.

Eine kuriose Beschwerde. Das Berliner „Mittelungsblatt“ der Unabhängigen beschwert sich, daß wir den Dauerreden der unabhängigen Parlamentarier nicht genügend Raum widmen. Dieselben Leute, die gegen den „Vorwärts“ den Posten predigen, scheinen also doch nicht ganz frei von der Gier, sich im „Vorwärts“ gedruckt zu sehen. Im übrigen können sich die Unabhängigen selber sagen, daß die erste Folge des Postens, wenn er wirksam wäre, sein müßte, uns zu Raumeinschränkungen zu zwingen; und da halten wir doch das uns vom „Mittelungsblatt“ gestellte Ansuchen für etwas unersparten, daß wir die Reden unserer eigenen Abgeordneten unter den Tisch fallen lassen sollen, damit die Reden unserer Postkottierer in vollem Glanze prangen. Das „Mittelungsblatt“ erinnert uns an jenen Posten, der erst die Posterscheide gerinnerte und dann das Beschwerdebuch verlangte, weil es ihm zog.

Letzte Nachrichten.

Lloyd George an die Reichskriegskonferenz.

London, 21. Juni. (Reuter-Meldung.) Die Premierminister der Dominionen, die an der Reichskriegskonferenz teilnehmen, waren heute abend im Oberhaus durch die reichsparlamentarische Vereinigung zu einem Essen geladen. Nachdem Lloyd George die Vertreter der Dominionen sowie die Vertreter Indiens begrüßt hatte, erklärte er: Unsere Gäste vertreten das Selbstbewußtsein eines großen Reiches in dem Augenblick, wo ein schrecklicher Feind unser Vaterland zu vernichten sucht. Das alte Land dankt ihnen und ist stolz auf sie. Die Konferenz vereint die Vertreter von über 400 Millionen Menschen, um die besten Methoden zu beraten, Recht und Gerechtigkeit auf der Erde aufrecht zu erhalten. Das britische Reich hat die Meere für uns und unsere Verbündeten frei gemacht. Alle unsere Verbündeten werden zugeben, daß die Hauptlast dieser Aufgabe England auf sich nehmen muß. Lloyd George behandelte dann die Leistungen der englischen Flotte im Kampfe mit den U-Booten, zählte die Truppenstärke der Dominionen und Indiens auf und sagte:

„Sie haben den Eingang zu dem Ostteil des Reiches bewacht und werden es weiterhin tun. Dieser Krieg hat uns über vieles gelehrt, aber am schlagendsten hat er uns die Realität der Macht des britischen Reiches bewiesen. Ohne das Eingreifen des britischen Reiches würde Deutschland das Meer beherrschen, würde das Völkerrecht an Boden geirret werden sein und der militärische Despotismus in der Welt triumphiert haben. Der Krieg gegen die Ungerechtigkeit und die Liebe zur Freiheit haben das britische Reich zu einer Gemeinschaft in Waffen gegen die Laten und Pläne des pruhischen Despotismus geeint. Die höchsten Ideale sind die Bande der gemeinsamen Ziele und Ideale. Das Bewußtsein der durch die Einheit des Reiches behandelten Gefahr drängt uns zu einer Aktion dieser Einheit. Das ist der Grund, weshalb die Reichskonferenz von 1907 zu dem heutigen Reichskabinett entwickelt worden ist. Deswegen haben wir Indien in unseren Rat berufen. Unsere Gäste sind die ersten einer Reihe von Reichsmitgliedern und allen Teilen des Reiches, die in kommenden Zeiten die Geschichte der größten Vereinigung zweier Nationen der Welt bestimmen und ihre Macht geltend machen werden.“

Die Ursache des Explosionunglücks.

Die Direktion des Woflop-Konzerns versendet eine Erklärung an die Presse, in der sie die Vermutung ausspricht, daß die Ursache des schrecklichen Explosionunglücks in der Friedeichstraße nicht auf die Feuergefährlichkeit des Filminstituts zurückzuführen sei, die gewöhnlich überschätzt werde, sondern daß die erste Explosion in den Räumen der benachbarten Telefonengesellschaft entstanden sein müsse. Hierfür werden eine Reihe Indizien angeführt. — Wir müssen ein Urteil in dieser Frage ablehnen, die nur Sachverständige entscheiden können.

Frankfurt a. M., 22. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im Bürgerklub des Frankfurter Rathauses fand heute eine überaus stark besuchte Reichskonferenz der deutschen Christen statt. Die Tagung wendete sich insbesondere gegen die Bundesratsbestimmungen betr. den

Schleichhandel.

die nach den Ausführungen des Referenten Student Goll, Frankfurt a. M., einen unheilbaren Zustand darstellten. Viele tausend Menschen erhalten heute in Gasthäusern gegen Abgabe der Karten Verpflegung. Wenn aber der Gastwirt die den abgegebenen Karten entsprechenden Nahrungsmittel von der Behörde verlangt, so werde ihm erklärt, es sei nichts da. Besorge er aber Lebensmittel durch den Schleichhandel, so wendete er ins Gefängnis.

Der Regierungsvizepräsident, Regierungsrat v. Einem, erklärte in der Diskussion, daß keine Wiederrück der bestehenden Bestimmungen zu erwarten sei. Er wandte sich scharf gegen die Doppelverföhrung der Wesserbemittelten und besonders gegen einen Antrag, der Wiedereinführung des freien Handels forderte.

Die Versammlung beschloß, einen Sachverständigenausschuss beim Kriegsernährungsamt zu beantragen.

Der Polenklub gegen Seidler.

Wien, 22. Juni. Der Polenklub hat einstimmig eine Entschlieung angenommen, in der er sich grundsätzlich bereit erklärt, die Staatsnotwendigkeiten zu bewilligen, jedoch dem Ministerium Seidler seine Unterstützung versagt.

Livländischer Landtag.

Riga, 21. Juni. Wie die Baltisch-Litauischen Mitteilungen berichten, tritt der ordentliche Landtag der Livländischen Ritter- und Landschaft am 19. Juli in Riga zusammen.

Wahltag der Sinnfeiner über die Nationalisten.

Rotterdam, 22. Juni. „Times“ meldet: Die neue Sinnfeinerpartei hat einen neuen Sieg errungen. Ihr Kandidat in Goff Capvan wurde mit 3705 Stimmen gegen den nationallistischen Kandidaten, der 2581 Stimmen erhielt, gewählt.

Nach Ansicht der „Morningpost“ werden die Nationalisten durch diese Niederlage veranlaßt werden, dem Unterhaus auch weiterhin fernzubleiben.

Gewerkschaftsbewegung

Satzung des Unternehmers für gestohlene Kleidungsstücke der Arbeiter.

Eine für die Arbeiter wichtige Entscheidung fällt das Gewerbegericht in Augsburg. In einer größeren Brauerei waren ein Arbeiter aus dem nicht verschließbaren Aufbewahrungsraum Kleider und Schuhe im Werte von 100 M. gestohlen worden. Da im gleichen Betrieb schon vorher Diebstähle von Arbeitsschneidern vorgekommen waren, wurde die Verhinderung von den Arbeitern wiederholt ermahnt, den Aufbewahrungsraum verschließbar zu machen oder den Arbeitern verschließbare Kleiderschränke zur Verfügung zu stellen. Die Direktion kam indessen dem Ansuchen nicht nach, vielmehr begnügte sie sich damit, durch einen Anschlag bekanntzugeben, daß die Firma bei Diebstählen von den Arbeitern gehörigen Gegenständen eine Haftung nicht übernimmt.

Der gestohlene Arbeiter verlangte nun von der Firma Schadenersatz, wurde aber damit abgewiesen. Das Gewerbegericht, an das er sich nun wendete, entschied nun nach längerer Verhandlung am 12. Juni, daß die besagte Firma an den Arbeiter 100 M. nebst 4 Proz. Zinsen für die ihm abhanden gekommenen Kleidungsstücke zu zahlen hat. Das Gericht hielt es für nachgewiesen, daß die Firma wiederholt auf den Mangel des nichtverschließbaren Aufbewahrungsraumes hingewiesen wurde, ohne daß dem Mangel abgeholfen wurde, obwohl technische Schwierigkeiten nicht bestanden. Der hohe Anschlag mit der Ablehnung der Haftung der Firma für gestohlene Gegenstände der Arbeiter des Betriebes sei ungenügend und entbehe die Firma nicht von der Verpflichtung, Vorkehrungen zu treffen, um Diebstähle zu verhindern. Nachdem die Firma trotz Aufforderung das Billige und gerechte Verlangen der Arbeiter nicht erfüllt habe, so liege ein Verstoß gegen die im Verkehr erforderliche Sorgfalt vor, zu deren Beobachtung der Arbeitgeber nach § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet sei.

Zur Frage des § 152, Absatz 2

nimmt nunmehr auch das „Korrespondenzblatt“ der General-Kommission Stellung. Es betont, daß § 152, Absatz 2 keine Fessel, sondern eine Schutzbestimmung sei, auf die nicht verzichtet werden könne, solange nicht das ganze Reichsgebiet der Koalitionen als solche eine Regelung gefunden habe. Die Gewerkschaften hätten jedenfalls keine Ursache, sich für eine Unternehmerforderung einzusetzen, deren Erfüllung nur dazu dienen würde, den Unternehmer vor den Arbeitern zu verhaften.

Das „Korrespondenzblatt“ stellt sich im übrigen rückhaltlos auf den Standpunkt des „Grundstein“ in dieser Frage.

Wir haben den Einwänden des „Grundstein“ gegen unsere Notiz, die uns leizertzeit von einem geschätzten Mitarbeiter — einem an hervorragender Stelle stehenden Gewerkschaftsangehörigen — zugunsten bereits eine gewisse Verrechnung ausgesprochen und im übrigen die Frage, da ja Gewerkschaftsbeschwerden hierüber nicht vorliegen, problematisch behandelt. Und daß wir diese die Gewerkschaftsbewegung so sehr berührende Frage lediglich von den dazu im letzten Teil unserer Notiz vom 15. Juni zum Ausdruck gebracht.

Die Forderungen der Landarbeiter.

Der Zentralverband der Landarbeiter Deutschlands hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in welcher er um die Vorlage einer Reihe von Gesetzentwürfen ersucht. Es wird unter anderem verlangt Aufhebung des Koalitionsverbots, Aufhebung der Gestaltordnung, Schaffung eines allgemeinen Arbeiterrechts, Verbot von Arbeiterkassensystemen, Errichtung ländlicher Schiedsgerichte, Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern, ferner Aufhebung der Güterbesitzbeschränkung, Mitwirkung der Landarbeiter in den Landwirtschaftskammern, Verbesserung des ländlichen Wohnungswesens usw.

In der Begründung wird darauf hingewiesen daß die Landflucht der ländlichen Arbeiter, die vor Jahrzehnten einsetzte, einen Umfang angenommen hat, daß sie zu einer großen Gefahr für die deutsche Volksernährung und für die bevölkerungspolitischen Interessen unseres Volkes geworden ist. Nach der Berufsstatistik verminderte sich die Zahl der Berufsangehörigen bei der Landwirtschaft seit 1882 von 18,7 Millionen im Jahre 1907 auf 16,9 Millionen, während sich die Gesamtbevölkerung des Reiches in derselben Zeitspanne von rund 45 auf 68 Millionen vermehrte. Die Landflucht erstreckte sich insbesondere auf die Landarbeiterschaft. Die Frauen- und Kinderarbeit wird in der Landwirtschaft wie kaum in einem anderen Erwerbszweige in Anspruch genommen. Von rund 15 Millionen landwirtschaftlichen Erwerbstätigen sind 8,8 Millionen weibliche Personen, ebenso sind rund 600 000 Kinder unter 14 Jahren erwerbstätig. Von der Einbringung der gewinnfähigen Gesetzentwürfe und der Durchführung wird erwartet, daß damit der Landflucht Einhalt getan werden kann.

Parteinachrichten.

Gantag in Nordbayern.

Die Sozialdemokratie Nordbayerns hielt am 15. und 16. Juni in Nürnberg ihren ersten ordentlichen Gantag in der Kriegszeit ab, der eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte, aber einen äußerst sachlichen Verlauf nahm. Nach dem Bericht der Gauleiterate und einem Referat von Vogel-Fürth über Aufbau und Stärkung der Organisation wurde folgender Antrag angenommen:

Am 1. Juli 1918 wird der Beitrag auf 50 Pf. für männ-

liche und 30 Pf. für weibliche Mitglieder monatlich oder 15 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder wöchentlich festgesetzt. Den Wahlkreisvereinen steht es frei, höhere Beiträge zu erheben.

Von den erhobenen Beiträgen sind 20 Proz. für den Vorstand der Gesamtpartei, 10 Proz. für den Landesvorstand und 20 Proz. für den Gauvorkang bestimmt. Kreisvereine, die ihre gesamten Beiträge und Agitationskosten selbst tragen, liefern an den Gauvorkang nur 12 Proz. ihrer Beitragsentnahmen ab. Auf welche Vereine diese Bestimmung angewendet werden kann, entscheidet der Gantag.

Die Kreisvereine in den Kreisen, deren Geschäftsführung der Gauvorkang übernommen hat, liefern von den erhobenen Beiträgen 70 Proz. an den Gauvorkang ab, der davon alle Verpflichtungen an den Partei- und Landesvorstand deckt.

Ein Punkt: Gemeinliche Kriegswirtschaft behandelte Biermann-Küenberg die Verhältnisse in den größeren Städten, Genter-Vogel die in den kleineren Städten und Landgemeinden, worauf ein Antrag einstimmige Annahme fand, der unsere Forderungen an die Gemeinden den Zeitverhältnissen entsprechend formuliert.

Reichstagsabgeordneter Hierl-Schwabach hielt ein Referat über „Die politische Lage“. Nach mehrstündiger Diskussion, in der auch Partei-Partei-vorstand, Gau- und Landesvorstand und Reichstagsabgeordneter Dr. Siedel um das Wort ergriffen wurde, wurde eine dem Referat entsprechende Resolution mit allen gegen 9 Stimmen angenommen.

Am 27. gegen 25 Stimmen angenommen wurde ein Antrag Färth, der die Einberufung eines deutschen Parteitag oder einer Reichstagskonferenz fordert, mit allen gegen 4 Stimmen ein Antrag Siedel, der von der Reichstagsfraktion verlangt, daß sie an dem Grundlag der Ablehnung aller indirekten Steuern festhält. Die bisherige Vorherrschaft wurde einstimmig wiedergewählt.

Aus den Organisationen.

Am Sonntag, den 16. Juni, fand die Kreisgeneralversammlung für den Wahlkreis Jena-Neustadt in Gera statt. Wegen der schlechten Jugerbindung wurde die Versammlung „ausser Landes“ abgehalten. Aus dem Bericht des Kreisvorsitzenden Genossen Hirschelemann-Jena ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre 12 öffentliche und 44 Mitgliederversammlungen stattgefunden haben. Die Zahl der Mitglieder betrug im Geschäftsjahre 1918/19 im Durchschnitt 4063. Am Schluß des letzten Geschäftsjahres waren gegen 3400 Mitglieder vorhanden, davon befinden sich über 2500 im Parteidienst, so daß etwas über 800 zahlende Mitglieder zu verzeichnen sind. Die Parteipaltung, die von den „Unabhängigen“ zu Anfang des Jahres 1917 vorgenommen wurde, ist auf Jena beschränkt geblieben. Hier sind mehrere Hundert Mitglieder ausgetreten, die bei weitem nicht alle Mitglieder der unabhängigen Partei geworden sind. Von Jenaer Vorstandsmitgliedern wurde konstatiert, daß, nachdem wieder Ordnung in den Mitgliederlisten in Jena geschaffen ist, die Organisation sich wieder aufwärts bewegt, was in der nächsten Zeit sich noch mehr bemerkbar machen wird. Die Einnahmen der Kreisliste betragen mit dem über- nommenen Kassenbestand 6139,42 M., die Ausgaben 4186,07 M., so daß ein Bestand am 31. März 1918 von 1953,35 M. vorhanden war. Neben dem Stand der „Volkzeitung“ referierte Genosse Pfeuffer-Jena. Die Auflage der „Volkzeitung“ betrug am 31. März 1918 4345; 450 Abonnenten mehr als am Schluß des vorigen Geschäftsjahres. Vom Genossen Leber und den übrigen Redakteuren wurde betont, daß in der Agitation noch mehr geschritten müsse. Darum wurden die Wochenbeiträge für männliche Mitglieder erhöht von 10 auf 15 Pf. und für weibliche auf 10 Pf. Die Aufstellung des Kandidaten zur nächsten Reichstagswahl konnte nicht endgültig erledigt werden, weil der jetzige Vertreter des Wahlkreises im Reichstage, Genosse Reuter-Opfoda, aus geschäftlichen Rücksichten nicht wieder kandidiert, und die in Aussicht genommenen Kandidaten abgelehnt hatten. Aus den sechsstelligen Verhandlungen ist zu entnehmen, daß die „Unabhängigen“ wohl vorübergehend die Organisation etwas geschwächt haben — aber nicht die „Volkzeitung“ —, die Kreisorganisation jedoch geschlossen hinter der alten Partei steht.

Industrie und Handel.

Der Saatenstand.

Die „Fr. Jtg.“ berichtet über den Felderstand: Von der Witterung letzter Woche läßt sich wenig Gutes berichten. (Seit Sonnabend sind ziemlich weit verbreitete Regenfälle eingetreten). Es war kühl und windig, aber meist sehr trocken und die auch weiter hier und da niederschlagenden Gewitterregen wenig ausgiebig. Noch sind größere Schäden auch am Sommergetreide nicht angedeutet. Des ferneren ist nicht außer Acht zu lassen, daß die frühe Witterung der ersten Junihälfte das Wachstum aller Feldfrüchte sehr aufhalten hat, die Pflanzungen auf eine besonders frühe Ernte sich also keinesfalls in dem Maße erfüllen werden, wie man noch vor wenigen Wochen angenommen hat. Zum Teil aus diesem Grunde ist wohl auch mit Vahern in Abkommen getroffen worden, daß die weiter reichenden Mähdarben dieses Landes dem Reiche nutzbar macht und die Rückgabe der entliehenen Mengen aus den (noch immer ziemlich spärlichen) Lieferungen der Ukraine vorzuziehen, falls der Frühwuchs in Bayern nicht bis zum 25. Juli die notwendigen Mengen ergeben hat. Die Kartoffeln werden, wie jetzt amtlich festgestellt wird, ebenfalls nicht reichen, bis die Verjorgung aus der neuen Ernte beginnen kann, und es wird deshalb in einer Reihe von Bezirken eine Verabreichung der üblichen Rationsmenge erfolgen müssen, obgleich den ländlichen Selbstverjorgern neue Lieferungen unterliegt und ihnen ein früherer Beginn der Verjorgung aus ihrer Frühkartoffel-

ernte (Ende Juli statt Mitte August) vorgeschrieben wurde. Neuere Nachrichten aus Österreich und Ungarn lassen erkennen, daß die Kälteschäden sich tatsächlich als nicht besonders bedeutend erweisen. In den wichtigsten Gebieten Ungarns — Tschaja, Pocz und Banat — sowie in den Ebenen Böhmens, Mährens und Niederösterreichs ist die Temperatur überhaupt nicht unter den Gefrierpunkt gesunken und es sind am Getreide und Weizen nur ganz vereinzelte Schädigungen zu beobachten. Etwas kälter gelitten haben Ost- und Westgalizien, von letzteren besonders Volhynien. Aus Böhmen liegen für Ende Mai folgende Ziffern (3 = mittel; vor: Weizen 2,58 (Vorjahr 3,02), Roggen 2,39 (3,00), aber Getreide 3,11 (3,39), Hafer 3,26 (2,93), Hülsenfrüchte 3,23 (3), Futterpflanzen 3,90 (3). In der Ukraine soll sich die Verhältnisse besser erweisen, als ursprünglich angenommen worden war; in der letzten Zeit hat es geregnet und man beurteilt die Ernteausichten ganz günstig. Ueber die Ausichten in Rumänien und Belgien schreibt die „Frankfurter Zeitung“.

Das Brauntweinmonopol und die Gewinnung von anorganischem Spiritus.

Der Entwurf des Brauntweinmonopols enthält auch eine Bestimmung über Essigsäure (Eisigsäure), die man entweder durch biologische Verarbeitung von Alkohol oder auf chemischem Wege gewinnt. Die auf letzterem Wege erzeugte Essigsäure soll in einem Ausmaß besteuert werden, durch das jedes Einkommen der chemischen Eisigsäure unmöglich gemacht werden dürfte. Aller Essig, der in Deutschland verbraucht wird, würde demnach in Zukunft lediglich durch Alkoholverarbeitung gewonnen werden. Was das für unsere Wirtschaft nicht allzuweirliche Ernährung bedeutet, wird sofort klar, wenn man bedenkt, daß dann mehrere Millionen Zentner Kartoffeln der direkten Volksernährung entzogen werden. Denn zur Erzeugung eines Hektoliters Alkohol werden rund eine Tonne Kartoffeln nebst 30 Pfund Getreide verbraucht. Da im letzten Friedensjahre sieben Millionen Liter Alkohol auf Eisig verarbeitet wurden, müßten demnach dazu 8,4 Millionen Zentner Kartoffeln in den Spiritusbrennereien der menschlichen Ernährung entzogen werden.

Daß wir solche Mengen des notwendigen Volksernährungsmittels nicht unentgeltlich entbehren können, liegt auf der Hand. Und unnötig ist die Erzeugung von Essigsäure aus Alkohol allerdings. Schon vor dem Kriege hat die Wissenschaft die Mittel an die Hand gegeben, die Essigsäure rationeller auf chemischem Wege herzustellen. Von den Rohmaterialien müßte ein großer Teil, der sogenannte Groussol, zwar zum weitestgehenden Teil aus Amerika eingeführt werden. Da diese Einfuhr durch den Krieg ins Stocken geriet, wurde ein anderes Verfahren zur technischen Gewinnung im großen durchgeführt, dessen Rohstoffe (Kohle und gewöhnlicher Kalk) in der Heimat in beliebigen Mengen zu haben sind. Kohle und Kalk werden auf elektrischem Wege (die Elektrizität wird durch Wasser erzeugt) zu Kohlenstoffdioxid verjodet, das mit Wasser das bekannte Gas Acetylen gibt, und aus diesem gewinnt man durch Ueberleiten über bestimmte Substanzen die Essigsäure.

Das Verfahren wird bereits in Deutschland und in der Schweiz in mehreren Fabriken ausgeführt und hat dazu geführt, daß Millionen von Zentnern Kartoffeln für die Volksernährung erhalten bleiben konnten, anstatt in die Spiritusbrennereien zu wandern. Nun soll durch das Reichsmonopol diese Erzeugung von Essigsäure für die Zukunft unterbunden und Millionen von Zentnern Kartoffeln der Volksernährung entzogen werden. Offenbar aus Entgegenkommen gegen die Agrarier, denen die chemische Essigsäure seit je ein Dorn im Auge war.

Aber das nicht allein. Die künstliche Erzeugung dieser Industrie muß noch andere schlimme Folgen haben, von denen man sich nur schwer eine Vorstellung machen kann. Wie es gelungen ist, aus den anorganischen Bestandteilen Kalk und Kohle etwas Gutes herzustellen, die Essigsäure, herzustellen, so wird es in Verfolg dieser Entwicklung gelingen, auch zu höheren Fettsäuren (Säuren mit höherem Kohlegehalt) und dadurch zu anderen für die Ernährung wichtigen Körpern zu gelangen, — eine ausstehende Entwicklung, deren Möglichkeiten von vornherein unterbunden werden sollen. Man stelle sich nur einmal vor, was aus der chemischen Industrie der Farbstoffe in Deutschland geworden wäre, wenn bei Herstellung des ersten Anilinfarbstoffes vor zwei Menschenaltern durch feststehende Eingriffe die Verjorgung weiterer Anilinfarbstoffe unmöglich gemacht worden wäre. Wird dieser verhängnisvolle Weg beschritten, so muß Deutschland seine führende Stellung in der chemischen Industrie verlieren. Das Ausland, in dem das Verfahren ja auch bekannt ist, bekommt billige Essigsäure und damit den Ausgangspunkt zu manch anderen wertvollen Erzeugnissen, bei denen Deutschland bisher die Führung hatte; wir verweisen nur auf den künstlichen Indigo. Auch die Industrie des künstlichen Kautschuks, dieser Triumph der deutschen chemischen Technik in der Kriegszeit, könnte schwer geschädigt und in der Entwicklung gehemmt werden, da ja auch für den künstlichen Gummi die Essigsäure der Ausgangspunkt ist.

Man mag über den Alkohol denken, wie man will, sicher ist: Je weniger Kartoffeln in Alkohol verwandelt werden, um so mehr verbleibt der Bevölkerung davon zur Ernährung.

Englische Anleihen und Steuern. Der „Economist“ vom 1. Juni enthält eine interessante Zusammenstellung der englischen Kriegsausgaben vom 1. August 1914 bis zum 25. Mai 1918. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 7 384 787 248 Pfund Sterling (rund 147,7 Milliarden Mark). Sie wurden gedeckt durch Steuern im Betrage von 1 878 729 214 Pfund Sterling (rund 37,6 Milliarden Mark) und Anleihen im Betrage von 5 506 058 034 Pfund Sterling (rund 110,1 Milliarden Mark).

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Goss, Neudamm; für Umsätze: Theodor Stode, Berlin. Verlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverlag-Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Unter den Eichen 3. Ullstein.

A. Wertheim

Annahme zum Umfärben von Kleidungsstücken, Decken, Stoffen, Bändern, Spitzen usw. usw.

Seidenstoffe

Blusen- und Karolier, versch. Farbenst. Mtr. 11.00
Blusen- und gestr., dunkl. Farben Mtr. 13.50
Japoneside, bedr., für Blusen und Besätze Mtr. 16.00
Seidenkaros, 85 cm, schön. Farbenst. Mtr. 22.50
Seidenstreifen, für Blusen u. Kleider Mtr. 24.50

Weiswaren

Blusenkragen aus Tüll mit Hohlsaum. 2.10
Blusenkragen aus Tüll mit Spitzenansatz 2.75
Blusenkragen aus Völle mit Spitzenansatz 2.90
Blusenkragen gestupft, Mull, br. Spitze garn. 3.00
Reverskragen f. Blusen u. Jack. Tüll m. Hohls. 4.25

Unterröcke

Rock reine Seide, gestreift, mit Schaur-Einl. u. bogig. Ans. 44.00
Rock a. Kunstseide, feine dunkle Streifen mit gezog. Ansatz 45.00
Taffet-Rock reine Seide, mit angekrusstem Ansatz 45.00
Taffet-Rock reine Seide, gestreift, mit hohem Ansatz 55.00

Spitzen u. Besätze

Klößel-Spitzen oder -Einsätze, Leinwand, maschinengeklöppt, Mtr. 14 bis 35 Pf.
Zwirn-Spitzen, feine, für Wäsche, Blusen und Kleider Mtr. 12, 15, 18 Pf.
Zwirn-Spitzen, größere Ausführung, für Decken und Gardinen Mtr. 23, 33 Pf.
Zwirn-Spitzen in Stücken von 3 Mtr. Stck. 0.85 bis 1.25

Waschstoffe

Mull weiß, gepunkt., in versch. Größen Mtr. 10.75
Schleierstoff, weiß, bestickt, 110 cm br. Mtr. 16.00
Batist weiß, bestickt, etwa 110 cm breit Mtr. 16.75
Batist bestickt, einfarbig in vielen Farben Mtr. 11.50
Batist bedruckt, hell u. dunkelgründig, große Auswahl, moderne Muster Mtr. 12.50

Handarbeiten

Artikel „Königsee“ auf schwarzem Ersatzstoff, gezeichnet
Kissen 40/60 4.50
Decke 80/90 6.00
Kaffeewärmer 3.00
Artikel auf weißem Leinen Loch und Ausschnittarbeiten, gezeichnet
Decke 50/50 5.25
Decke 60/60 13.00
Kissen 40/60 13.50

Küchengerät auf grauem Ersatzstoff

Besensvorh. 12.00
Handtuch 6.25
Tischd. 6.75
Leitungsschon. 2.85
Perlbeutel in großer Auswahl
Einkaufsbeutel aus schwarzem und bunt gem. Stoffen
Küchengeräte Handarbeiten aus eigenem Atelier

Strümpfe

Strümpfe für Damen, dechr., schv. 6.75, 8.00
Strümpfe für Damen, feine, für Wäsche, dechr., weiß 6.25, 8.50
Strümpfe für Herren, baumwollig, farbig gemustert, 10.50
Strümpfe für Herren, baumwollig, durchhor., schwarz, braun 1.25
Strümpfe für Herren, baumwollig, durchhor., schwarz, braun 1.35

Kriegsbeschädigtenfragen im Reichstage.

178. Sitzung, Sonnabend, den 22. Juni 1918, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratsstisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Etats des allgemeinen Pensionsfonds, die nach den Beschlüssen des Reichstages mit einer allgemeinen Aussprache über alle Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Kriegsbeschädigtenfürsorge.

verbunden wird. Gleichfalls mitberaten werden die beiden Vorlagen auf Ergänzung des Kapitalabfindungsgesetzes (für Teilnehmer an früheren Kriegen), sowie eine Ausdehnung des bereits beschlossenen Kapitalabfindungsgesetzes auf Offiziere.

General von Langemann

empfehlte die beiden Vorlagen wärmstens zur Annahme. Aus der Dankespflicht des deutschen Volkes für die im Kriege Verwundeten und die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, sowie aus Rücksichten auf eine gesunde Wohnungspolitik ist das Gesetz vom 3. Juli 1916 entstanden. Wenn die großen Erwartungen, die damals an das Gesetz geknüpft worden sind, sich nur zum Teil erfüllt haben, so ist dies lediglich durch die Verhältnisse des Krieges bedingt worden. Das Bauverbot, der Mangel an Handwerkern und Baustoffen und die dadurch hervorgerufene Teuerung haben jede Bautätigkeit nahezu vollständig lahmgelegt. Das Gesetz hat aber bestenfalls einen großen Entlastungs gefunden. Aus den Reihen der Teilnehmer an früheren Kriegen sind nun viele Waisen an uns herangetreten, sie doch auch zu berücksichtigen. Der vorliegende Gesetzentwurf trägt diesen Wünschen Rechnung. Allerdings werden die Kriegsteilnehmer von 1806 und 1870 nur in Ausnahmefällen davon Gebrauch machen können, weil sie älter als 53 Jahre sind. Es wird aber bei der Prüfung solcher Gesuche besonders wohlwollend verfahren werden.

Die Offiziere genau so abzulösen wie die Mannschaften, ist nicht möglich, weil das Mannschaftsversorgungsgesetz und das Offizierpensionsgesetz auf ganz verschiedenen Grundlagen ruhen, und weil die Gefahr, sein Kapital zu verlieren, für den Offizier größer ist als für den Mann. Der Entwurf stellt daher von einer Abfindung auf Lebenszeit für Offiziere ab und nimmt für die Kapitalbeschaffung einen zehnjährigen Zeitraum an.

Die Beratungen über die Novellen zum Offizierpensionsgesetz, zum Mannschaftsversorgungsgesetz und Militärinvalidengesetz, die zwischen den zuständigen Stellen stattfinden, sind noch nicht zum Abschluss gebracht. Die Militärverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß

für die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen

im Hinblick auf die zurzeit bestehende Teuerung unabhängig vom Zeitpunkt der Feststellung und der Einbringung der Novellen ebenfalls etwas gesehen muß. Es besteht daher die Absicht, vom 1. Juli ab zu veranlassen, daß die pensionierten im Kriege wieder vermehrten Offiziere, die an Kampfhandlungen teilgenommen haben, und die nach den bestehenden Gesetzen noch ihrem Militärstand in das Pensionsverhältnis zurückkehren, dadurch finanziell aufgebessert werden, daß sie Zulagen erhalten, durch die sie besser gestellt werden, als wenn sie ihrem Range entsprechend pensioniert worden wären. Heber die Höhe und den Umfang dieser Zulagen kann ich noch nichts sagen.

Hg. Wiesberts (3.):

Ich begrüße die Erweiterung des Kapitalabfindungsgesetzes. Bei der Gewährung der Renten an Kriegsbeschädigte sollte jede Verzögerung der Auszahlung vermieden werden. Im ganzen können wir die Kriegsbeschädigtenfrage als ein Ruhmesblatt für Deutschland ansehen. Das geht aus der schönen Erfolg der Lubendorfspende. Es muß aber bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge der soziale Standpunkt scharf hervorgehoben werden, es muß deutlich zum Bewußtsein kommen, daß es sich nicht um Armenpflege handelt. Deshalb müssen die Renten dem Familienstand und dem Berufseinkommen der Kriegsbeschädigten angepaßt werden. Ganz besonders wichtig ist die Arbeitsbeschaffung für die Kriegsbeschädigten; ein Internierement der Kriegsbeschädigten die Arbeit verweigert, obwohl er Arbeit hat, verurteilt sich an unserer Nation. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die Vereine der Kriegsbeschädigten können zur Durchführung sozialer Aufgaben viel beitragen, wenn sie sich von parteipolitischen Überlegungen fern halten. Die Kriegervereine haben sich sehr spät hierauf besonnen und den ominösen Paragrafen besichtigt, daß Sozialdemokraten nicht Mitglieder sein dürfen. Hoffentlich verfallen sie nicht wieder in den früheren Fehler. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Bauer (Soz.):

Die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe sind durchaus zweckmäßig; an der besseren Ausgestaltung der Einzelheiten werden wir in der Kommission mitarbeiten. Die Forderung des Mannschaftsversorgungsgesetzes, die General Langemann verprochen hat, ist bereits sehr dringend. Als sie zu Anfang des Krieges noch noch Kriegsende verblieben wurde, konnte niemand die Dauer des Krieges vorhersehen, und auch jetzt kann noch niemand wissen, wann er enden wird. Deshalb muß sofort an diese Revision herangegangen werden. Zunächst handelt es sich um die Höhe der Renten für die in nur das Ablebenseinkommen möglicherweise ist. Auch das Sinken des Geldwertes hat die Renten ganz unzulänglich gemacht. Der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge hat auch

für die Kriegsbeschädigten Teuerungszulagen

beantragt. Die Kriegsbeschädigten und die Kriegervitwen sind in der Tat die einzigen, die keine Teuerungszulagen erhalten haben, obwohl wir doch für sie in erster Linie zu sorgen verpflichtet sind. Die Art unserer Fürsorge kann ich keineswegs wie der Sprecher als ein Ruhmesblatt betrachten; in diesem Punkt liegt vielmehr eine große Untertätigkeit vor. Die von General Langemann in Aussicht gestellten Zulagen sollen vom 1. Juli bezahlt werden. Es wäre nur billig, sie von einem früheren Zeitpunkt an zu zahlen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Eine ganz besondere Härte ist, daß die Witwe eines gefallenen Kriegers in der Regel schlechter gestellt ist, als die Kriegervitwa. Auch hier sollte ich sofort, daß bisher nicht durchgeführtes geschieht ist. Ein weiterer schwerer Mangel liegt in dem Reichsversicherungsamt. Ein Kollegium von drei Offizieren entscheidet endgültig, ob eine Kriegsbeschädigung vorliegt oder nicht, ob also überhaupt eine Rente zu gewähren ist. Wir hätten die Kriegsbeschädigten nicht schlechter stellen als die Arbeitsinvaliden, für die ein kostenloses Rechtsverfahren durchzuführen ist. Ist es doch mehrfach vorgekommen, daß Kriegsbeschädigte, die mit ihrer Forderung einer höheren Rente rechtskräftig abgewiesen wurden, wegen der Kosten gezwungen worden sind. Solche Vorkommnisse gereizten dem Deutschen Reich nicht an Ehre. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Ferner muß das Kriegselterngehalt wesentlich aufgebessert werden. Man wird mehr Rücksicht nehmen müssen auf alte Eltern, die alles zur Ausbildung ihres Sohnes setzen haben, um früher im Alter eine Stütze an ihm zu haben, und die schließlich nicht nachweisen können, daß der junge Mann, der für das Vaterland gefallen ist, schon zu der Zeit, als er fiel, eine ausreichende Unterstützung an die Eltern gehabt hat. Auch die Stellung der Stiefkinder und der unehelichen Kinder muß baldmöglichst geregelt werden.

Der Reichsausschuß für die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist zweifellos von sozialer Seite erfüllt und hat ver-

dienstvolle Arbeit im Interesse der Kriegsbeschädigten geleistet. Der Anerkennung, die der Hg. Wiesberts den leitenden Personen ausgesprochen hat, kann ich mich anschließen. Eine Reihe von Ortsausschüssen arbeiten gemäß im Sinne der Zentrale, aber es werden auch zahlreiche Beschwerden laut über unzureichende Organisation und nicht ausreichende Tätigkeit vieler Ortsgruppen. Die gewerkschaftlichen und Angestelltenorganisationen aller Richtungen haben schon vor Jahren eine schlechte Meinung über Materie gefaßt. Wenn die Beratung, die ganze Fürsorge für die Kriegsbeschädigten erspriechlich durchzuführen werden soll, so müssen die Organe der Kriegsbeschädigtenfürsorge auch eine gewisse Initiative entwickeln können. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Heute werden die Ortsausschüsse vielfach einseitig durch die Landräte angeschlossen. Der Vorschlag, der Leiter sind es, die die Arbeiten übernehmen. Bei aller Anerkennung des guten Willens dieser Herren, muß man doch verlangen, daß die wirklich Sachverständigen in den Fragen des Arbeitsverhältnisses, die Vertreter der Organisationen, dabei miteingehört werden. Der Vorsitzende des Reichsausschusses sollte zum

Reichskommissar für die Kriegsbeschädigtenfürsorge

ernannt werden, damit er das Recht hat, bestimmte Anordnungen zu treffen. Ein sehr unerfreuliches Kapitel ist die Aufbringung der Mittel. Wir haben seit langem beantragt, daß dem Reichsausschuß Mittel des Reichs zur Verfügung gestellt werden. Mit guten Mitteln allein ist den Kriegsbeschädigten nicht geholfen, es muß ihnen auch Hilfe durch die Tat geleistet werden. Eine Reihe von Gemeinden haben darin gewiß Großes geleistet, aber die Zahl der Gemeinden, die erhebliche Mittel für diesen Zweck aufbringen können, ist doch verhältnismäßig gering. In erster Linie hat doch das Reich die Pflicht, für die Opfer des Krieges zu sorgen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Ebenso muß die Väterkassensysteme des Roten Kreuzes aus Reichsmitteln unterstützt werden. Der Reichstag hat das bereits längst einstimmig beschlossen, aber die Regierung hat dem nicht Rechnung getragen. (Sehr! h. d. Soz.) Wenn 200 Millionen Frühjahrsprämien gezahlt werden sollen, da gibt es kein Ausweichen, aber den Kriegsbeschädigten steht das Reichsausschuß mit ungehinderten Taschen gegenüber. Es ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte des Deutschen Reichs, daß der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge keine Zutritt zu öffentlichen Sammlungen nehmen muß. (Sehr wahr!) Dies Karolen der öffentlichen Wohltätigkeit hat gerade in den Reihen der Kriegsbeschädigten großen Anstoß und Empörung hervorgerufen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wenn wir und schließlich doch dazu verstanden haben, diese Sammlungen zu unterstützen, so deshalb, weil es im Augenblick gar kein anderes Mittel gibt, um die allerbräunlichsten Ausgaben im Interesse der Kriegsbeschädigten zu decken. Vor allem wird es unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß die Kriegsbeschädigten, wenn sie wieder erwerbsfähig gemacht sind, auch wirklich Beschäftigung finden. Zu diesem Zwecke fordern wir

den gesetzlichen Anstellung- oder Beschäftigungszwang

der Kriegsbeschädigten. Die Betriebe sollen verpflichtet sein, alle Kriegsteilnehmer, die früher bei ihnen beschäftigt waren, wieder einzustellen und darüber hinaus einen gewissen Prozentsatz von Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Das gilt vor allem für die öffentlichen Betriebe, aber auch die Privatindustrie muß verpflichtet werden, nach Maßgabe eines bestimmten, je nach der Art der Betriebe bestimmten Prozentsatz schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer einzustellen. Wir gehen nicht soweit, einen Einstellungszwang für alle Kriegsbeschädigten zu fordern, denn die Leute, die 20 bis 30 Proz. geschädigt sind, werden in der Regel ihre Arbeitskraft verwerten können. Aber ich halte es für eine nationale Pflicht, daß für die Anstellung der über 50 Proz. Geschädigten durch Gesetz gesorgt ist. Alle gewerkschaftlichen Organisationen, ohne Rücksicht auf die politische und religiöse Stellung, incl. der Gewerkschaften, haben sich für diesen gesetzlichen Einstellungszwang zugunsten der Kriegsbeschädigten ausgesprochen, und zwar im Gegensatz zum Hg. Wiesberts, mit besonderer Wärme die arbeitslosen Arbeiter. Mit der Verurteilung auf die nationale Pflicht ist hier nicht viel anzufangen. Das zeigt sich schon jetzt und wird sich noch mehr zeigen, je länger der Krieg dauert und erst recht, wenn die augenblickliche Not des Krieges vorüber ist. Man verlangt Maßregeln gegen das Händlerium der Kriegsbeschädigten. Gewiß wäre es ein sehr unerfreuliches Bild, wenn wir fortgesetzt auf den Straßen Kriegsbeschädigten begegnen, die um ihre Waren anbieten, aber es wäre eine ungeschore Härte, gegen dies Händlerium vorzugehen, wenn man den Kriegsbeschädigten nicht auf der anderen Seite die Garantie gibt, daß sie Beschäftigung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorschreiben, daß auf 25 Anstellte ein Schwerbeschädigter anzustellen ist. Jegendein Platz für eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Wille dafür da ist. Dies gewollte Problem läßt sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Einsicht bestimmter Volksteile regeln, sondern da muß mit fester Hand eingegriffen werden. Es wäre ein trauriger Zustand, wenn die Einstellung der Kriegsbeschädigten erst erkämpft werden müßte durch öffentliche Demonstration und Protest, wie das Herr Wiesberts vorschlägt. Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gesundheit und ihre Arbeitskraft doch eingebüßt, damit die nationale Ehre des Deutschen Reichs erhalten blieb. Deshalb muß die nationale Dankeschuld dadurch abgetragen werden, daß unsere Unternehmer gezwungen werden, die Schwerbeschädigten einzustellen. Schon heute wird vielfach über die Entlohnung der Kriegsbeschädigten geklagt. Es muß der angemessene Lohn für die tatsächlich vorhandene Arbeitskraft gewährt werden, die Rente muß dabei außer Kraft bleiben. Für die Reichs- und Staatsbetriebe sind solche Anweisungen ergangen. Trotzdem geschieht es nicht unterschiedslos und die Zahl der Privatbetriebe, in denen

Kriegsbeschädigte geringer bezahlt

werden, weil sie Rente beziehen, wächst von Tag zu Tag. Deshalb muß gefällig festgestellt werden, daß die Anordnung der Rente bei Festsetzung des Arbeitslohnes zu unterbleiben hat. Das schließt Witwengelder nicht aus, aber die Kriegsbeschädigten können sich dann auf Grund des Gesetzes mit Erfolg wehren. Protestieren müssen wir dagegen, daß dem Ausschluß der Organisation der Kriegervereine, die großen Mittel des Reichsriegerbanks zur Verfügung gestellt worden sind, weil damit die Gefahr besteht, daß sie in einseitig politischen Interesse verwendet werden. Wenn solche Bestrebungen wieder Vortritt finden, so würde das zu einer Entwürdigung in Deutschland führen, die ich nicht wünsche und die gerade jenen Herren sehr wenig angenehm sein dürfte. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Von der Stellung von Votoren haben wir einflussreichen abseheßen, es genügt, wenn wir unsere Wünsche vortragen. Wir erwarten, daß nun wenigstens im Herbst die Vorlage an den Reichstag kommt, und endlich Hand angelegt wird, um diese dringenden Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu erledigung zu bringen. (Sehr! h. d. Soz.)

Ein Vertreter des Reichsausschusses weist die Behauptung des Sprechers zurück, daß das Reich nicht genügend für die Kriegsbeschädigten fürsorge.

Ein Vertreter der Reichsministerialabteilung des Kriegsministeriums betont, daß die Heeresverwaltung ein Abkommen mit den Landesversicherungsanstalten getroffen hat, um Verzögerungen bei den Väterkassensystemen zu vermeiden dadurch, daß die Frage, wer für die Kosten verantwortlich ist, erst nach Eintritt der Kur geregelt wird.

Hg. Meiner-Herford (nall.) wünscht eine Erleichterung der Bestimmungen über die Anstellung von Kriegervitwen. Die Kapitalabfindung der Kriegervitwen sollte möglichst bald eingeführt werden. Nicht nur die Kriegervitwen, sondern auch die Kriegsbeschädigten sollen Kinderzulagen erhalten. Ganz besonders sollten wir bei dieser Gelegenheit auch der alten braven Kriegsinvaliden von 1870/71, von 1866 und 1864 gedenken. Die Richtlinien des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge treffen im allgemeinen das Richtige. Unsere Arbeitgeber verhalten sich bei der Einstellung von Kriegsbeschädigten gegenüber im allgemeinen wohlwollend; sollen aber Arbeitgeber dieser vaterländischen Pflicht nicht nachkommen, so werden wir einen gesetzlichen Zwang zur Einstellung von Kriegsbeschädigten einführen müssen.

Hg. v. Winterfeld (L.): Der schon mehrfach gedehnten Freude über die Einbringung der beiden Vorlagen schreibe ich mich an, über ihre Einzelheiten werden wir in der Kommission eingehender sprechen. Die Revision der Teuerungsgesetze muß bald erfolgen. Es gehört auch mit zur Kriegsbereitschaft, daß man für die Opfer des Krieges sorgt. Es ist Pflicht des Reichsausschusses, hier ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Es wird bei einer solchen Vorlage auf einstimmige Zustimmung dieses Hauses rechnen können. (Sehr richtig!) Für die Anstellung Kriegsbeschädigter hat die kaiserliche Mitternacht ein Drittel ihres Grundbesitzes zu Friedenspreisen zur Verfügung gestellt. — Den Anstellungszwang für Kriegsbeschädigte hatten wir zurzeit für noch nicht notwendig.

Hg. Stelzow (Sp.): Daß auf die Renten der Kriegsbeschädigten Teuerungszulagen überhaupt noch nicht gewährt worden sind, trifft nicht zu; auf Antrag sind sie in einzelnen Fällen gewährt worden. Es ist anzuerkennen, daß sie jetzt grundsätzlich eingeführt werden sollen. — Der Forderung, daß das Versehen der Rentenfestsetzung und vor allem die Entscheidung darüber, ob überhaupt eine Rente zu gewähren ist, von Grund aus zu ändern ist, schreibe ich mich an. Die Kriegsbeschädigten müssen hierbei mitzuwirken in der Lage sein. Aber auch die gesetzliche Gleichberechtigung darf man den Kriegsbeschädigten nicht vorenthalten. (Beifall bei der Volkspartei.)

Hg. Behrens (D. P.) gibt ebenfalls seiner Genehmigung über die Einbringung der Gesetzentwürfe Ausdruck und tritt für stärkere Fürsorge für die Kriegsbeschädigten ein.

General v. Langemann: Der Zahlen Teuerungszulagen, aber nur auf Antrag. Ich würde dankbar sein, wenn diese Erklärung dazu beitragen würde, daß diese Tatsache in den öffentlichen Reizen mehr bekannt würde. — In bezug auf die Kriegervitwen haben die Generalcommandos strenge Anweisung, dafür zu sorgen, daß die Kriegervitwa dadurch, daß ihr Mann fällt, nicht finanziell gerettet wird, was wenigstens nicht in wirtschaftlicher Not gerät. Bei der Forderung des Reichsriegerbanks scheint mir die Hauptsache, daß der Beschädigte Gelegenheit bekommt, vor der Spruchbehörde zu erscheinen und seinen Anspruch zu vertreten, und daß bei der Entscheidung Kameraden von ihnen mitwirken. (Zustimmung.) — In der Auszahlung der Renten sind seit dem 1. April tatsächlich Verzögerungen eingetreten; die Regierungen waren überlastet und deshalb muß die Ausschüttung der Post übertragen werden. Durch diesen Wechsel entstand eine Störung, die hoffentlich bald überwunden sein wird.

Hg. Ruffel (L. Soz.): Es ist geradezu beschämend, daß im Lande eine Sammlung auf Sammlung veranstaltet werden muß, um den Opfern des Krieges die Freizügigkeit des Lebens zu ermöglichen. Die eingebrachten Gesetzentwürfe bringen auch nur palliativ-mittel, die die traurige Lage der Kriegsbeschädigten nicht bessern können. Das haben wir schon beim Kapitalabfindungsgesetz 1916 ausgeführt und deshalb abgelehnt und aus denselben Gründen lehnen wir es auch heute ab. Wirkliche Hilfe kann den Kriegsbeschädigten nur die Erhöhung der Rente bringen, und deshalb haben wir schon noch den Antrag eingebracht, eine Neuverteilung der Renten eintreten zu lassen und bis dahin Zuschläge von 100 Proz. zu der Rente zu zahlen.

Die Gesetzentwürfe werden einer Kommission überwiesen, der Etat des allgemeinen Pensionsfonds bewilligt.

Eine Ergänzung zum Besoldungsgesetz (die eine Reihe von Aufbesserungen bringt) wird in dritter Lesung debattiert angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr (Etat der Schutzgebiete des Reichslanders und des Auswärtigen Amtes). — Schluß 7 Uhr.

Die Militärgesetze im Ausschuss.

Der Ausschuss erledigte in seiner Sitzung am Sonnabend zunächst den Entwurf betr. Abänderung des Militärstrafgesetzbuches. Es handelt sich darum, daß künftig bei einer Anzahl Vergehen, bei denen jetzt auf strenge Arrest erkannt werden muß, künftig auch auf mildere Arrest erkannt werden kann. Zustimmung beschloß der Ausschuss weiter den § 65, Jährenpflicht, etwas bestimmter zu fassen, ferner bei zwei Zementverletzung, daß bei Verurteilung wegen Jährenpflicht nicht in mehr unbedingte auf Verweisung in die zweite Soldatenklasse erkannt werden muß. Ferner ersuchte noch der § 66 des Militärstrafgesetzbuches eine Abänderung. Die Sozialdemokraten regten bei dieser Gelegenheit an, die zeitliche Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zuzulassen.

Der Ausschuss ging dann über zu der Beratung des Gesetzentwurfes betr. die

Veranlagung der Heeresunwürdigen zum militärischen Arbeitsdienst.

Hg. Stübben erklärte, daß man der Tendenz des Gesetzes, auch die mit Justizhaus Verurteilten der Landesverteidigung dienbar zu machen, zustimmen könne. Aber der einschlägige Weg sei falsch. Es sei nicht angehen, aus diesen Leuten besondere Arbeitsbataillone zu bilden und sie einfach durch Gesetz sofort zu Soldaten zweiter Klasse zu machen. Das Gesetz müßte zu ungeheuren Härten führen und alte, längst verordnete Bänden wieder aufreihen. Leute, die sich heraufgearbeitet haben, würden wieder in die alte Anordnung zurückgeschleudert. Am besten sei es, einfach die Wehrordnung zu ändern und die Bestimmungen für die mit Justizhaus Verurteilten für die Dauer eines Krieges zu befehlen. Allerdings müsse noch gefordert werden, daß die Verurteilten solcher Leute gestrichen werden, die sich während ihrer Dienstzeit gut geführt haben.

General v. Langemann meinte, mit dem Gesetz solle nur das unverbesserliche Gesindel gekehrt werden, nicht aber Leute, die einen einwandfreien Lebenswandel führen. Die Einbringung soll nicht zum militärischen Dienst erfolgen, sondern zum Arbeitsdienst ohne Uniform. — Hg. Dr. Wirth (R.) schließt sich den Vorlesungen des Hg. Stübben an und stellt fest, daß die Begründung, die General v. W. v. Stübben gegeben habe, mit dem Text des Gesetzentwurfes nicht in Einklang gebracht werden könne. — Innenministerialrat Bewald teilte mit, daß den mit Justizhaus Verurteilten nahegelegt worden sei, sich auf dem Gebiete der Wehrverwaltung zu betätigen, aber in den meisten Fällen sei das nicht geschehen. Zweck des Gesetzes sei nur, die unverbesserlichen Elemente zu fassen. Ein weiterer Vertreter des Kriegsministeriums erklärt, daß über 1000 Personen die Heeresfähigkeit wieder erworben haben. Eine Durchschauung des Verlesens sei mit diesem Gesetz nicht beabsichtigt. — Die Beratungen wurden auf Dienstag vertagt, bis dahin sollen die Richtlinien für die Durchführung des Gesetzes vorgelegt werden.

Groß-Berlin

Deutscher Städtetag.

Gestern vormittag ist im Berliner Rathaus die Tagung des Hauptauschusses des Deutschen Städtetages eröffnet worden. Die der Vorsitzende, Oberbürgermeister Bernuth, in den einleitenden Worten ausführte, tritt der Hauptauschuss diesmal in einer ganz neuen Gestalt zusammen. Die Zahl der Mitglieder ist von 68 auf 129 erhöht; dabei war das Verfahren, in dem die neuen Mitglieder ausgewählt worden sind, so gestaltet, daß die städtischen Vertrauensleute der einzelnen Bundesstaaten und Landessteile, wie sie in den Landesstädteverbänden und Provinzialstädteverbänden gegeben sind, die zur Ergänzung geeigneten Persönlichkeiten bezeichnet haben. Das Ergebnis dieser Wahlen ging dahin, daß nicht nur Bürgermeister, sondern auch Stadtverordnete in den Hauptauschuss abgeordnet sind, so daß sich in ihm alle in der Selbstverwaltung tätigen Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende noch mit, daß an Stelle des zum Oberbürgermeister von Osnabrück gewählten bisherigen Geschäftsführers Dr. Luther Herr Bürgermeister Sabm-Wodum in der gestrigen gemeinschaftlichen Vorstandssitzung des Deutschen und des Preussischen Städtetages zum Geschäftsführer beider Städtetage gewählt ist.

Nach Erörterung einer Reihe von Einzelfragen aus dem Gebiete der Lebensmittelförderung nahm dann der Hauptauschuss folgende Entschlüsse einstimmig an: Da neuerdings wieder in umfassender Weise der Gedanke einer grundsätzlichen Neuordnung unserer Volksernährungswirtschaft erörtert worden ist, so muß die für die städtische Bevölkerung selbstverständliche Forderung mit Nachdruck wiederholt werden, daß solange viel Verknappung der Lebens- und Futtermittel andauert, die öffentliche Bewirtschaftung für die hauptsächlichsten Lebensmittel bestehen bleibt. Begründet sind indessen noch wie vor sehr wesentliche Ausstellungen gegen die Art dieser öffentlichen Bewirtschaftung im einzelnen. Auf der einen Seite fehlt es vielfach noch an der durchgreifenden Erfassung und ausgleichenden Verteilung sowohl in den Vorschriften wie in der Handhabung. Die Tatsache, daß die neue Reichsgetreideordnung gewisse Waren, aber bisher immer als unmöglich bezeichnet worden sind, sollte bei den übrigen Lebensmitteln ein Ansporn zu kräftigeren Voranschritten sein. Auf der anderen Seite wird die Verteilung der Waren durch die viel zu zahlreichen Zwischenstellen mit immer neuen Vorschriften und Bedingungen belastet und wird dadurch zum Schaden der Verbraucher, des Kleinhandels, dem oft die erforderlichen Zuschläge nicht mehr bewilligt werden können, und der Städte, die trotz aller ihrer Finanzbedrängnis vielfach dem Zwang zur Herabgabe von Zuschüssen ausgesetzt werden, während in einzelnen Zwischenstellen, so bei den Viehhandlungsstellen, gewaltige Kapitalien anzuwachsen. Die Beengungen und Beschränkungen, die sich aus der Zwangswirtschaft für das ganze Volk ergeben, darunter besonders auch für die landwirtschaftlichen Erzeuger, können nur dann gerechtfertigt werden, wenn die Waren auf billigstem und einfachstem Wege an den Verbraucher gelangen. Dieser beste Weg besteht noch immer im Festhalten an der alten, viel zu oft von Einzelanordnungen und Gelegenheitsvorschriften durchbrochenen Formel, daß es Aufgabe der Reichs- und Staatsstellen ist, die Waren zuverlässig, in einer für den etwa vorgeschriebenen Rohanteil wirklich ausreichenden Menge, in guter Beschaffenheit und möglichst gradlinig den Städten „oberverteilungsmäßig“ zuzuführen, daß den Städten aber die Freiheit der „Unterverteilung“ an die Verbraucher im einzelnen nicht beschränkt wird.

Die sich dann anschließende umfassende Erörterung über die Kohlenfrage führte zur ebenfalls einstimmigen Annahme von Beschlüssen, bei denen das Verlangen im Vordergrund steht, daß die Reichsregierung es sich aneignen lassen müsse, mit der größten Energie und Schnelligkeit den Wintervorrat des Hausbraudes den Gemeinden zuzuführen.

Der Berliner Obstwirtschaft.

Zur Lage auf dem Obst- und Gemüsemarkt erhalten wir vom Reichsverband deutscher Obst- und Gemüsehändler, Eich Berlin, folgende Zusammenfassung mit der Bitte um Aufnahme:

In einer vor mehreren Tagen abgehaltenen Obsthändlerversammlung in Berlin sind gegen den Berliner Obstkleinhandel Anschuldigungen erhoben worden, die uns unter schärfster Jurisdiktion der damit verbundenen Behauptungen zu folgenden Angaben zwingen: „Hinterherumgeschäfte“, über die man sich in jener Ver-

sammlung entzifferte, werden zu Berlin nicht von den Obsthändlern, sondern lediglich von den Berlinerischen Obstzüchtern gemacht. Wir sind zu dem gerichtlichen Beweise erpicht, daß im Urbanhofen Märkten zu den festgesetzten Höchstpreisen bei den Berlinerischen Händlern überhaupt nicht zu haben sind. Verlangt einer unserer Kleinhändler Märkten zum Höchstpreise, so erhält er ohne weiteres die Antwort: Es ist schon alles verkauft! Tatsächlich ist die Ware aber nicht verkauft, sondern die Herren Züchter warten, bis eine Anzahl ihnen bekannter Händler kommen, denen sie für ein Pfund Märkten bis zu 1,25 M. abrechnen. Unter solchen Umständen ist der Kleinhandel nicht in der Lage, die Ware zum festgesetzten Höchstpreise zu verkaufen, sondern er wird durch diesen verwerflichen Preiswucher der Berlinerischen Züchter gezwungen, die Ware zu höheren Preisen unter der Hand abzugeben. Gegenüber dieser offenkundigen Tatsache stellen wir fest, daß die in unserem Verbande organisierten Kleinhändler, soweit sie abseits von der Verteilung am Urbanhofen durch den mit unserm Verbande in Verbindung stehenden Herrn Wilhelm Rihmann Märkten zum Großhandelspreise erhalten haben, die Ware zum vorgeschriebenen Höchstpreise verkaufen, was durch unsere zum regelmäßigen Kontrolle beauftragten Ver-

Feldpost-Abonnenten

Wer das Abonnement auf den „Vorwärts“ noch nicht erneuert hat, muß sofort 1,80 M. an den Vorwärts-Verlag S. o. b. H., Berlin SW, Lindenstr. 3, oder an die bekannten Ausgabestellen einsenden, um sich die pünktliche Weiterlieferung für Monat Juli zu sichern.

trauensmänner übereinstimmend festgestellt worden ist. Wenn also der Kleinhandel wirklich genötigt ist, was wir keineswegs bestreiten, Märkten „hinterherum“ zu unrentablen Preisen zu verkaufen, so liegt die Schuld lediglich bei den Berlinerischen Obstzüchtern, die mit der Ware einen höchst verwerflichen Wucher treiben. Wir stellen zur Kennzeichnung des Verfahrens gewisser Doppelzüchler fest, daß kürzlich in einer Versammlung von Obstzüchtern, an der etwa 300 Personen teilgenommen haben, ausdrücklich erklärt wurde, daß sie die Märkten lieber auf den Bäumen verrotten lassen, ehe sie sie zum festgesetzten Höchstpreise nach Berlin liefern. Dieser Vorgang, für den wir ebenfalls mit Zeugen zur Verfügung stehen, beweist klarer als alles andere, wo die von den Berlinerischen Händlern angerufenen Polizei zugreifen müßte, und wer die wahren Schuldigen an den skandalösen Zuständen auf dem Berliner Obstmarkt sind.

Berliner Lebensmittel.

In der Zeit vom 24. bis 30. Juni wird an diejenigen Kunden, die in die Speisekartendrucklisten der in den Bezirken der 37.—43., 52.—71., 76., 80.—82., 174., 178., 179., 195., 214., 223., 238., 258. und 240. Volkskommission — Osten und Südosten Berlins — eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt in denjenigen Geschäften, die durch ein Aushängeschild: „Verkauf von Käse der Poststelle Groß-Berlin“ gekennzeichnet sind. — Der Marktrott läßt vom 24. ab in den Fleischläden eine in der Zusammenlegung gegen die bisherige ganz erheblich bessere ungeteerte Wurst- und Leberwurst zum Verkauf bringen. Der Preis für ein Pfund beträgt 2,90 M. Gemäß dem Beschlusse des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin gelangt demnächst auf Abschnitt 86 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin ein weiteres Pfund Marmelade zur Ausgabe. Die Voranmeldung findet in den durch ein Aushängeschild gekennzeichneten Geschäften am 24., 25. und 26. Juni statt. Sobald die Ware bei den Kleinhändlern angesetzt ist, wird der Verkauf beginnen.

Die Verhandlung des Müggelsees.

Der Berliner ist stolz auf die landschaftlichen Schönheiten der reichshauptstädtischen Umgebung. Und mit am höchsten steht ihm

der Müggelsee mit den Müggelbergen. Aus dem Osten besonders strömen an jedem schönen Sonntag Zehntausende hinaus, und am Strande des Müggelsees und seiner Umgebung finden sie die für die schwere Wochenarbeit notwendige Erholung. Der herrlichste Teil der ganzen Partie war bisher am Abbruch des Müggelsees, in der Nähe des Freiendes bei Rahndorf, der keine Müggelsee. Und ausgerechnet hier soll dem Berliner in Zukunft die Welt mit Brettern vernagelt werden! Die Cöpenicker Stadtverwaltung hat mit geringer Mehrheit den Verkauf jener Ländereien an eine Schiffsbauerei beschlossen und damit die letzte Stelle, die dem Berliner im arbeitsreichen Osten wirkliche Naturidylle in einziger Art bot, der Industrie ausgeliefert. Der Zweckverband Groß-Berlin hat der Gemeinde Cöpenick, wenn wir richtig informiert sind, nachträglich den gleichen Betrag wie die betreffende Schiffsbauerei geboten, um der Berliner Bevölkerung ihre Erholungsstätte zu erhalten und die Industrie von der unmittelbaren Grenze des für Groß-Berlin vorgesehenen Dauerwaldes fernzuhalten.

Die Entscheidung liegt jetzt bei dem Bezirksausschuss des Kreises Niederbarnim, der angeichts des vom Zweckverband erfolgten Angebots kaum die Genehmigung zu dem Verkauf an die Firma Naglo wird geben können. Jedenfalls hätte die Öffentlichkeit ein lebhaftes Interesse daran, die treibenden Kräfte und Einflüsse kennen zu lernen, die stark genug waren, die Cöpenicker Stadtverwaltung zu ihrem Beschlusse zu bringen. Denn an erstem Widerspruch hat es auch dort nicht gefehlt.

Zu der Filmplosion in der Friedrichstraße

wird uns noch mitgeteilt: Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft ist das Vorderhaus postwendig geschlossen worden. Die Ermittlungen haben ergeben, daß von einem Beschlag nicht gesprochen werden kann, wahrscheinlich liegt grobe Fahrlässigkeit vor. Fest steht schon, daß die Explosion in einem hinteren Raum der Biograph-Film-Berlin-Gesellschaft m. b. H. kurz vor 11 Uhr unter Erleuchtung einer ungeheuren Strohflamme im ersten Stockwerk des Vorderhauses direkt über dem Durchgang entstanden ist. Personen, die dort verkehrten, haben beobachtet, daß diese Strohflamme gleich die Fenster nach dem Hofe sprang, weit über das dritte Geschoss hinausschoss, dann gleichmäßig nach der Treppe züngelte und nach unten schlug, demnächst infolge von Gegenzug durch Öffnen der Türen vom Durchgang aus. Der sich retten wollte, wurde von den folgenden Strohflammen erfaßt und mußte stürzen; die meisten suchten Rettung am Fenster, erlitten und fanden dann dort den Tod. 13 Leichen wurden verfaßt dicht am Fenster liegend aufgefunden.

Die Szenen, die sich bis zur Ankunft der Feuerwehr abspielten, lassen sich kaum beschreiben. Einige Personen sprangen aus den Fenstern, andere blieben ruhig, hielten sich Füße vor das Gesicht und warteten auf das Eintreffen der Löschzüge. Personen, die im zweiten Geschoss tätig waren, hielten sich eine Leiter, die zum Fensterputzen benutzt wird, hielten sie zusammen und ließen sie am Vorderhaus hinauf. Auf diesem Wege retteten sich unversehrt 6 Personen. Anderen gelang es über die Hintertreppen zu flüchten. Sehr bemerkenswert ist, daß die Hitze, die sich entwickelte, ganz gewaltig gewesen sein muß. Im linken Teil des Vorderhauses ist nicht nur der Fuß massenhaft von den Wänden gefallen, auch die feuerfesten Platten, mittels welcher auf Bekleidung der Wände löst sich und bedeckt den Boden. Die auf den Wänden im Dachgeschoss lagernden Reservenvorräte an Filmen sind sämtlich unterseht geblieben. Hätten die Strohflammen diese ergriffen, so wäre eine noch viel größere Katastrophe kaum zu vermeiden gewesen.

Die behördlichen Feststellungen haben in einer Hinsicht ein Ergebnis gezeigt, das noch einer sehr gründlichen Aufklärung bedarf. Es ist nämlich ermittelt worden, daß in dem Lagerhaus vor der Katastrophe bauliche Veränderungen vorgenommen worden sind, die sowohl der Polizei wie der Feuerwehr unbekannt waren. Ferner wurde das Lagerhaus von 33 gefüllten Flaschen mit Wasserstoffgas besetzt. Diese Flaschen konnten zum Glück von der Feuerwehr wirksam gesäubert werden. Sie lagerten im rechten Seitenflügel auf dem ersten Hof, wo die Strohflammen schon ihr gefährliches Wüten begonnen hatten. Es ist übrigens nicht der erste gefährliche Filmbrand in jener Gegend. Schon zweimal haben dort ganz ähnliche Explosionen gerade gegenüber stattgefunden, die in ihren Folgen nicht so tragisch waren, weil sie sich um die Mittagszeit ereigneten, wo das Personal nicht anwesend war und nachmittags nach Schluß der Geschäftzeit. Es ist ersichtlich, daß man nur dort die Entfernung dieser vielen gefährlichen Gasflaschen aus den betreffenden Häusern verlangt. In dem Hause Friedrichstr. 233 sind allein zwanzig Film-Gesellschaften untergebracht.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. S. L. Raymond

Eine dicke Menge drängte sich um einen langen Tisch. Alle schrien, sprachen laut, lachten und sangen. Lächerlicher, schrilleres Klirren zerspringender Gläser. Ein so polternder Lärm, daß die Wände zitterten und man nichts hören konnte.

Wichtig wurde es fast still, und an einem Ende des Tisches begann einer mit heiserer Trinkschreie: „Agathe! Du hast ein Ding so fein, Agathe!“ „Agathe, ich küß dich schön, du sagst nicht nein, Agathe!“ „Agathe! Ich küß dich schön, du sagst nicht nein, Agathe!“ „Agathe!“ rief die Menge, alles heulte „Agathe!“ „Agathe!“

Der Gesang wirkte so anregend, daß alle mit den Händen auf den Tisch den Takt schlugen, die Biergläser flogen an die Wand oder zersprangen am Ofen. Einigen genügte das immer noch nicht. Sie schlugen mit den Stühlen auf den Boden und taten wie besessen, mit geschlossenen Augen: „Agathe! Agathe!“

„Am Gottes willen, meine Herren, ich krieg' ja die Polizei auf den Hals.“ Riefte der erschrockene Wirt. „Sie haben nötig, ruhig zu sein, wir bezahlen!“ „Na, ein echt Lodzer Amüsement.“ murmelte Karl, nach Moritz aussehend.

„Der Direktor! Meine Herren, die Firma Hermann Buchholz und Kompanie ist auch da. Wir sind komplett. Fräulein, eine Runde Cognac.“ schrie ein großer, dicker Deutscher in ganz gebrochenem Polnisch.

Mit einer breiten Geste, im Kreise herumtaumelnd, wollte er noch etwas sagen, aber die Weine tranken zusammen. Er fiel auf ein Sofa, das hinter ihm stand.

„Die ganze Bande ist ja recht lustig.“ „Die ganze Kompanie.“ „So machen wir's immer, beim Trinken solidarisch, bei der Arbeit aufgeschmissen.“

„Küß! Für Stroch, Kunde und Seele von Schaja — Eintritt verbieten. Köstliche Sie sich das, Herr Medaiteur.“ schrie einer, zu einem hohen, mageren blonden Mann gewandt, der melancholisch in der Mitte des Zimmers saß und mit großen, fremden, wie nicht ihm gehörenden Augen an den mit Gelbdrucken bedeckten Wänden umherirrte.

„Moritz, ich habe mit Dir etwas sehr Wichtiges zu besprechen.“ küsterte Karl, sich zu Welt und Leo Kohn sehend, die allein an einem Tisch saßen.

„Wißt Geld haben, hier hast Du meine Brieftasche.“ sagte er, die Zigarette seines Rockes vorhaltend, „oder wart' mal, gehen wir lieber ans Büfett. Zum Leufel, ich bin ja betrunken.“ brummte er, vergeblich versuchend, aufrecht zu stehen.

„Nehmen Sie doch bitte Platz, Direktor. Wir trinken eins, ah! Ein Schnäpschen ist da, ein kleiner Cognac ist da, ah!“

„Gibt mir was zu essen, ich bin hungrig wie ein Löwe.“ Die Kassierin brachte warme Sardellen. Sonst gab es nichts mehr im Büfett.

Vorowicki begann zu essen, ohne auf die ganze Gesellschaft zu achten, die in Gruppen sitzend sich unterhielt und trank. Fast ausschließlich war es Lodzer Jugend, die typische Kontor- und Ladenjugend mit einer kleinen Beimischung von Fabriktechnikern und Spezialisten anderer Branchen.

Ein Schauspieler, der trotz seiner Betrunktheit im Saal herumging, in die Hände klatschte, seinen Kreiser zurechtshob und bei allen Tischen mittrank, kam hin und wieder auf einen jungen Burischen zu, der mit umgebundener Serviette in einem niedrigen Sessel schlief, und schrie ihm ins Ohr!

„Vetter, schlaf nicht!“ „Zeit ist Geld! An wen die Reihe.“ antwortete der ohne die Augen zu öffnen, klopfte automatisch mit dem Bierglas auf den Tisch und schlief weiter.

„Eine Frau! Sehn Se, is' kein Geschäft, eine Frau zu sein, schade um die Zeit.“ rief lachend der überall in Lodz bekannte Jelusck Fischbein.

„Ja bin ein Mensch, Herr, ein authentischer Mensch.“ schrie jemand am anderen Tisch.

„Was brauchen Sie sich zu rühmen! Sie sind eine grobe Simulation eines Menschen.“ spottete Jelusck.

„Herr Fischbein, Sie sind vielleicht Fischbein, aber Ihr Geschäft ist nicht mal Stroh.“

„Rehren wir wieder zu den Frauen zurück, Doktor“, begann Jelusck, sich zu seinem Nachbar wendend. Jener sah mit geknicktem Kopf da, drehte andauernd und unermüdet seinen blonden Schnurrbart, säuberte mit einer nervösen Bewegung seine Rockaufschläge ab und schob die schmutzigen Manschetten in die Ärmel zurück.

„Gut, das ist eine wichtige Frage, schon allein vom sozial-psychologischen Gesichtspunkt.“

„Das ist überhaupt keine Frage. Kennen Sie auch nur eine einzige anständige Frau?“

„Verr' Hell, Sie sind ja besessen, was reden Sie da! Ich werde Ihnen hier in Lodz Hunderte von achtbaren, klügsten und besten Frauen zeigen“, rief jener, aus seiner Apathie herausgerissen, sprang vom Stuhl auf und säuberte mit blühender Geschwindigkeit die Aufschläge ab.

„Sie meinen wohl Ihre Patientinnen? Die müssen Sie freilich loben.“

„Vom sozialpsychologischen Standpunkt ist das, was Sie sagen...“

„Von jedem Punkt aus, von jeder Ecke ist es wahr. Viermal wahr. Beweisen Sie es mir, daß es anders ist.“

„Ich sag's Ihnen doch.“

„Das ist alles Besche, bloß Besche, ich brauche Beweise! Ich bin ein Realist, Herr Wjaski, in bin ein Positivist. Fräulein, einen Kaffee! Chartreuse.“

„Gut, gut! Ich nenne Ihnen gleich die Beweise: die Vorowicka, die Amiel, die Wjaski, na?“

„Ja, ha, ha! Zählen Sie nur mehr auf, das ist für mich ein feines Vergnügen.“

„Zahlen Sie bitte nicht, das sind anständige Frauen.“ schrie der Doktor aufgebracht.

„Woher können Sie das wissen? Haben Sie sie in Kommission gehabt?“

„Die allerersten hab' ich noch nicht genannt, solche wie Jucker und die Wolkmann.“

„Die zählen nicht. Die eine hält der Mann hinter Schloß und Riegel und die andere hat keine Zeit, sich umzusehen. Vier Kinder hat sie in drei Jahren gehabt.“

„Na, und die Keschter und die Großglück? Was sagen Sie dazu?“

„Gar nichts sage ich dazu.“

„Sehen Sie“, rief der Doktor freudestrahlend und drehte seinen Bart.

„Ich bin ein Realist und sage deshalb gar nichts. Wie kann man denn häßliche Frauen in Betracht ziehen. Das ist eine so schlechte Ware, daß sie nicht nimmt in Kommission selbst Leo Kohn, der doch alles nimmt.“

„Ich ziehe sie wohl in Betracht und nenne sie sogar an erster Stelle. Außer ihrer gewöhnlichen, organischen Anständigkeit, haben sie noch Ethik.“

„Ethik? Was ist das für Ware? Wer führt die denn?“ schrie Jelusck, vor Lachen plägend.

„Jelusck, hast gemacht einen Witz zu hundert Prozent“, schrie Leo Kohn über den Tisch weg, in die Hände klatschend.

Der Doktor sagte keinen Ton.

„Zeigen Sie mir eine anständige Frau, dann werde ich ihr schiden Seide von Schmidt und Rye, einen Hut von Madame Gufane und einen kleinen Zettel für die Bank mit Unterschrift von Großglück, dann werde ich Ihnen nachher erzählen von ihr interessante Sachen.“ Jelig lachte wieder.

„Das können Sie wo anders erzählen, wo man Ihnen glaubt und auf Sie was gibt. Wir aber kennen Sie doch ein bißchen, Herr Jelig.“ (Fortf. folgt.)

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse



Einkochapparate mit Einsatz u. 6 Federn **22.50** Thermometer **2.95**

Einkochgläser „Monopol“

enge Form	1/4 Liter Inhalt	1/2 Liter Inhalt	3/4 Liter Inhalt	1 Liter Inhalt	weite Form	1/4 Liter Inhalt	1/2 Liter Inhalt	3/4 Liter Inhalt	1 Liter Inhalt	2 Liter Inhalt
	1.60	1.75	1.85	1.95		2.20	2.30	2.40	2.65	3.00

einschliesslich der Ringe.

Einmach-Häfen • Steintöpfe

In vielen Grössen und Preislagen.

Obst- oder Gemüsedörre **1.95 2.95**



Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen und verstorbenen Mitglieder gewidmet.

Amling, Robert, Klempner,
geb. 15. 4. 84 zu Ebing.

Damis, Fritz, Schlosser,
geb. 25. 7. 91 zu Friedrichshagen.

Delitzsch, Wilhelm, Dräcker,
geb. 20. 8. 78 zu Berlin.

Karl, Paul, Wärtler,
geb. 18. 6. 83 zu Berlin.

Käding, Leopold, Mechaniker,
geb. 4. 6. 91 zu Berlin.

Kindt, Fritz, Polierer,
geb. 2. 2. 87 zu Berlin.

Kroll, Fritz, Werkzeugmacher,
geb. 10. 4. 91 zu Berlin.

Merz, Gustav, Schlosser,
geb. 15. 9. 85 zu Rastorf.

Pottke, Hans, Schlosser,
geb. 8. 8. 94 zu Polen.

Prodell, Hermann, Werkzeugmacher,
geb. 10. 2. 85 zu Drenow.

Schüler, Paul, Mechaniker,
geb. 23. 7. 88 zu Schöneberg.

Tauchert, Hans, Dreher,
geb. 8. 10. 85 zu Raminich.

Teichgräber, Erich, Arbeiter,
geb. 18. 11. 95 zu Gdovitz.

Teubner, Alex. Dreher,
geb. 8. 4. 84 zu Spandau.

Wieck, Hermann, Schlosser,
geb. 10. 9. 85 zu Reinickendorf.

Wolf, Richard, Schleifer,
geb. 20. 5. 72 zu Berlin.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Gari, schwer und unermüdet trat uns die kranke

Nachricht, das unser lieber, guter Bruder, der Gefreite

Erich Krüger

Inhaber des Eh. Kreuzes 2. Kl. und der Friedrich-August-Medaille

kurz vor seinem 24. Geburtstag, nachdem er drei Jahre

bei der Infanterie gedient hat, am 11. Juni früh früh

in seinem Schutze Die trauernden Geschwister.

Berlin, Rantersstr. 91.

Auf fremder Erde, schwer und müde,

sent' dir dein Herz zur ewigen Ruh,

für's Vaterland gabst du dein Leben,

Schliefst wohl, geliebter Bruder du,

Du fühlst jetzt von den Sorgen des Lebens

keine mehr. Ruh ist's vorbei.

Es kann dein Wunsch nicht mehr geschehn:

Einmal noch müßt' ich die Heimat wiederseh'n.

Nachruf!

Bei dem Unglücksfall, welcher unsere Firma be-

troffen hat, sind uns von unseren Mitarbeitern in

treuer Plichterfüllung durch den Tod entrissen:

Marie Bärwald

Wilhelm Böhake

Gertrud Dorn

Marie Gayer

Lulise Höhmann

Max Pochmann

Lulise Spies

Anna Spies

Oskar Szymowski

Karl Walter

Anna Weiß.

Leider sollen der Katastrophe auch nachstehend

aufgeführte Geschäftsfreunde, welche in unseren

Räumen anwesend waren, und Angestellte anderer

im Hause befindlichen Firmen zum Opfer:

Hermann Dreikant

Karl Drews (Soldat)

Karl Richter

Paul Schmidt

Friedrich Wendt.

Tieferschüttert werden wir allen so jäh Dahin-

geschiedenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Bioskop Film-Verleih-Gesellschaft

m. b. H.

Friedrichstraße 235.

Berlin, den 21. Juni 1918.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nach-

richt, das unsere Redegin, die

Arbeiterin

Lucie Stock

am 18. Juni an Tuberkulose gestorben ist.

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 20. Juni, nach-

mittags 3 Uhr, von der

Leichenhalle des Gemeinde-

Friedhofes in Reinickendorf,

Humboldtstraße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner

zur Nachricht, das unser

Kollege, der Vater

Karl Hübner

am 20. Juni gestorben ist.

Die Beerdigung findet am

Montag, den 24. Juni, nach-

mittags 4 Uhr, von der

Leichenhalle des Sophien-Kirch-

hofes in der Preussischen

Strasse 19, aus statt.

Rege Beteiligung wird er-

wartet.

Nachrufe.

Den Mitgliedern ferner

zur Nachricht, das unser

Kollege, die Arbeiterin

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäscher-arbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern hier-

mit zur Nachricht, das der

Gerrenmahlreicher, Kollege

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäscher-arbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern hier-

mit zur Nachricht, das der

Gerrenmahlreicher, Kollege

Bade bis 18.00. Meloch
 letzte familiäre Materatze
 kaufen Schreiber Porenst,
 Gneisenaustraße 5. (Kellner-
 derf 2579.)

Arbeitsstelle. Weimich,
 Materialer kauft Material
 Preis, 22., Neuenburgerstr. 16.
 Moritzplatz 5861. 1800*

Handelshaus kauft und be-
 leibt Leibhaus, Friedrichstr. 35.
 1772*

Schulplatten, gebrochene, gut
 erhaltene, kauft, tauscht Rogens,
 Berlin, Oranienstraße 181.
 7532*

Unterricht

Musikalisches Konservatorium,
 gegründet 1892, Staliner-
 straße 53, Klavier, Violine,
 Harmonium, Mandoline, Laute,
 Gitarre. Einzelunterricht.
 190*

Kaufmännische Privatschule
 von Hugo Strahlenhoff,
 Deutschstraße 11, am Spittel-
 markt. Lehrpläne unentgelt-
 lich. Am 4. Juli beginnen
 Handelslehrgänge vormittags
 9-11 oder nachmittags 3-7 Uhr
 zur Ausbildung als Buchhal-
 terin, Geschäftstenographin,
 Bureauistin, Korresponden-
 tin. Lehrgänge für Damen
 und Herren. Nachmittags- und
 Abendunterricht in allen kauf-
 männlichen Fächern sowie im
 Schriftverkehr (Stolze-Schrey),
 Maschinenschriften, Schön-
 schreiben, Deutsch. Anmeldungen
 jederzeit. 1228*

Tanzschule Frau Friedrich-
 Denais, Herzogliche Selo-
 denastr., Michaelisstraße 39.
 Täglich Anjängerkurse. Schül-
 erziel. Rindergasse. 218*

Bureauistin, Privatsecr-
 tärin, Buchhalterin, Steno-
 graphin. - Ausbildung von
 Damen für diese Stellen.
 - Tagesunterricht. - Abend-
 unterricht. - Schulgeld mög-
 lich. - Kaufmännische Privatschule
 von Robert Klitz. - Chaussee-
 straße 1. (Friedrichstraße.) 438*

Damenstiefeln erzieht Unter-
 richt Fräulein Künze, Kott-
 buscherstraße 1. 448*

Tanzschule Friedrich, Michaelis-
 straße 39. Täglich An-
 jängerkurse. Schülertanz-
 derkurse. 198*

Kaufmännische Privatschulen
 von Ludwig Köhner, Neue
 Promenade 3 (Börsebahnhof)
 und Spittelstraße 1, am Spittel-
 markt. Vormittags-, Nach-
 mittags- und Abendlehrgänge.
 Am Monatsanfang neue Steno-
 graphischen Lehrgänge. Druck-
 sachen kostenfrei. Anmeldungen jeder-
 zeit. Ausbildung zu Buch-
 haltern, Buchhalterinnen, Kon-
 tolisten, Kassierern, Steno-
 graphen. Einzelsächer: Ein-
 fache, doppelte, amerikanische,
 Buchführung, allgemeines
 Rechnen, kaufmännisches Re-
 chnen, Schriftverkehr, Handels-
 lehre, Wechsellehre, Schecklehre,
 Kontorpraxis, Stenographie
 (Stolze-Schrey), Maschinens-
 schreiben, Schön schreiben. 135*

**Raffinenbau, Elektrotech-
 nische Konstruktion, Ausbildung**
 von Betriebsleitern, Konstrukt-
 teuren, Technizern, Zeichner-
 tern, Damen als technische
 Zeichnerinnen, Tages-, Abend-
 unterricht. Lehrplan frei. An-
 fang Oktober. Technische Privats-
 schule. Barth, Ingenieur,
 Chausseestraße 1. 2606*

Theater-Vorlesung „Sühne“,
 Parauerstraße 9. Wer sich
 ausbilden will, melde sich ab
 2 Uhr. 2493b*

Englischen Unterricht für
 Anfänger und Fortgeschrittene,
 sowie deutsche und französische
 Stunden erteilt G. Swintz,
 Charlottenburg, Stutzgarter-
 platz 9, Gartenhaus IV. *

**I. Kaufmännische Privats-
 schule** von Paul Komolzi,
 Copeniderstr. 143, am Schlei-
 sischen Bahnhof. Gründliche
 Vorbereitung von Damen und
 Herren für den kaufmännischen
 Beruf in Tages- und Abend-
 Lehrgängen, auch Englisch,
 Französisch, Russisch, Polnisch,
 Deutsch.

**II. Kurschrift, Diktat-
 sationen, Debattenschrift, Mo-
 schinenschriften, Schön-
 schrift, Rundschrift.**

III. Buchführung, einfache,
 doppelte, amerikanische Buch-
 führung, ferner Buchführung
 für Gewerbetreibende, kauf-
 männliches Rechnen, Schrift-
 verkehr. 49*

Kaufmanns Privatschule
 von Paul Komolzi, Copeniderstr. 143, am Schlei-
 sischen Bahnhof. Gründliche
 Vorbereitung von Damen und
 Herren für den kaufmännischen
 Beruf in Tages- und Abend-
 Lehrgängen, auch Englisch,
 Französisch, Russisch, Polnisch,
 Deutsch.

**II. Kurschrift, Diktat-
 sationen, Debattenschrift, Mo-
 schinenschriften, Schön-
 schrift, Rundschrift.**

III. Buchführung, einfache,
 doppelte, amerikanische Buch-
 führung, ferner Buchführung
 für Gewerbetreibende, kauf-
 männliches Rechnen, Schrift-
 verkehr. 49*

Technische Privatschule von
 Regierungs-Beamter a. D.
 Dr. Ing. Arthur Werner,
 Berlin, Neanderstr. 3. Aus-
 bildung im Raffinenbau,
 Elektrotechnik, Hochbau, Zie-
 bau. 635*

Verschiedenes
 Kunstkopiererei Große Frank-
 furterstraße 67. 682*

Wer nimmt noch 14-jährige
 Mädchen Sommer über auf's
 Land? Fr. Riemenhauer,
 Berlin, Gleimstr. 59. 2515b

Darlehens, 6 Prozent Teilrück-
 zahlung, auf Hypothekendarlehen
 5 Prozent, gibt Bankverein,
 Charlottenburg, Wilmers-
 dorfer Straße 163. 408*

Rezeptschein nicht notwendig.
 Garderobe wird mit neu ge-
 waschen oder umgearbeitet bei
 Schneidermeister Tsch. Grun-
 dstraße 29. 468*

Rückenstuhl - Anfrisch mit
 Preisreduktion. Grabowstr.
 164. 4192

Vermietungen

Geschäftsräume
 Heller Schuhmachereffeller mit
 Stube und Kochgeß, neu re-
 noviert, sofort oder später Mitte
 Jakobstraße 104 zu vermieten,
 2510b

Wohnungen
 2-Zimmerwohnung, 1 und 2 Zim-
 mer, Küche, Kofenbalkenstr. 39.
 2463*

Zimmer
 Leeres Stutzzimmer ver-
 mietet Schlichtenberg, Neuen-
 markt 11. 7119

Neuere 2-Zimmerwohnung ge-
 mütlich. Frau Ulrich,
 Urbanstraße 6, 1. Quer-
 gebäude II. 7120

Schlafstellen
 Schlafstellen können kostenlos
 angemeldet und nachgewiesen
 werden im Arbeitsnachweis
 der Stadt Berlin, Schlafstellen-
 nachweis, Rinderg. 2. (8-3.)
 Norden 3765. 246b

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
 Schlosser auf Militärarbeit
 verlangt Ed. Fuß, Tempelhof,
 2738*

Photograph tüchtiger, mit
 allen einschlägigen Arbeiten
 genau vertraut, sofort gefühl.
 Meldungen in der Zeit von
 9-11 Uhr vormittags oder
 4-7 Uhr abends in der Ver-
 sonalverwaltung, 4. Stad-
 t, A. Jandorf u. Co., Bell-
 alleestraße 1/2. 1293*

Rüstenmacher verlangt Hobel-
 Kommandantenstraße 16. 1848

Lehrkräfte oder Lehrling
 mit guten Schulzeugnissen ver-
 langen sofort Bahnamtliche
 Expedition Bergemann u. Co.,
 Berlin-Charlottenburg, Güterbahnhof,
 Platz 16. Bewerbung schriftlich.
 468

Koloristinnen sucht Schön-
 schreiber, 13, Kolladen. 7137*

Tüchtige Friseurin und Lehr-
 fräulein sucht Damentrauer
 Ubel, Neue Komstr. 22. 452*

Lehrkräfte verlangt Ver-
 teilungsbureau „Expres“,
 Strelauerstraße 25. 7120

Schlafstellen
 Schlafstellen können kostenlos
 angemeldet und nachgewiesen
 werden im Arbeitsnachweis
 der Stadt Berlin, Schlafstellen-
 nachweis, Rinderg. 2. (8-3.)
 Norden 3765. 246b

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
 Schlosser auf Militärarbeit
 verlangt Ed. Fuß, Tempelhof,
 2738*

Photograph tüchtiger, mit
 allen einschlägigen Arbeiten
 genau vertraut, sofort gefühl.
 Meldungen in der Zeit von
 9-11 Uhr vormittags oder
 4-7 Uhr abends in der Ver-
 sonalverwaltung, 4. Stad-
 t, A. Jandorf u. Co., Bell-
 alleestraße 1/2. 1293*

Rüstenmacher verlangt Hobel-
 Kommandantenstraße 16. 1848

Lehrkräfte oder Lehrling
 mit guten Schulzeugnissen ver-
 langen sofort Bahnamtliche
 Expedition Bergemann u. Co.,
 Berlin-Charlottenburg, Güterbahnhof,
 Platz 16. Bewerbung schriftlich.
 468

Koloristinnen sucht Schön-
 schreiber, 13, Kolladen. 7137*

Tüchtige Friseurin und Lehr-
 fräulein sucht Damentrauer
 Ubel, Neue Komstr. 22. 452*

Lehrkräfte verlangt Ver-
 teilungsbureau „Expres“,
 Strelauerstraße 25. 7120

Zeitungsträger
 für den „Vorwärts“ wird ein-
 gestellt. Passend für Invaliden.
 Zitel, Rindergasse.
 Wartenburgstr. 1.
 Meldeseit 11-12, u. 4 1/2-7 Uhr

Tüchtige ältere
Schlosser und 9062*

Dreher
 sowie
Fräser
 für Universalmaschinen und
Hilfsarbeiter
 werden sofort verlangt.
 Maschinenfabrik Karl Vogeler,
 Alt-Honbit 1,
 Am Lehrter Hauptbahnhof.

**Reparatur-
 schlosser**
 werden sofort eingestellt. Mel-
 dungen Charlottenburg, Salz-
 ufer 6, nachmittags 7-9 Uhr.
Arbeitsgesellschaft
 für Bauausführungen.

Möbeltischler
 sofort gesucht
 dauernde Beschäftigung
 gute Verhältnisse
 Schlies. Holzindustrie Akt.-Ges.
 vorna. Ruscheweyh & Schmidt,
 Langenb. Bez. Liognitz i. Schl.

Reparaturschlosser
Gießerei- und
Preßwerksarbeiter
 sucht 8942*

Stahlwerk Bothe
 Berlin-Weißensee,
 am Industriebahnhof.
 für Waldmannsuhl (Korb-
 behälter) m. 3. 1. Et. 18 ein event.
 Kriegerbehrd.

Gärtner
 gel. für 1 1/2 Morgen Obst-
 Gärten. Arbeitsbau kann
 genommen werden. Meldung
 schriftl. an Tabin. Dammstr. 35.

Propeller-Schleifer
 für ein
 Franz Meißner G. m. b. H.,
 Berlin SO. 36, Köpenicker Str. 7.
 Mehrere 100

Arbeiter,
 nicht mehrpflichtige Leute, für
 außerhalb gesucht. Zu melden
 bei Carl Brandt, Berlin W 9,
 Schlichterstraße 7. 1*

Schlosser jeder
Art
 sowie
Klempner
 stellen ein 68/30*

Zepelinwerke G. m.
 b. H.,
 Stanken, (Osthavelland).
 Maschinenmagier
 i. Holzwerk, Glaser, Land-
 berger Str. 92. 6910*

12 Schuhmacher,
 leichte Militärarb., sucht Schuhfab.
 Glaser, Landberger Str. 92

Gipsformer
 1. Normplatten-Verfälg. gesucht
 Lichtenberg,
 Hartung A.-G., Dergbergstr. 122

Auergesellschaft
 Berlin O 17
 stellt ein:

Maschinenschlosser,
Mechaniker,
Elektromonteur.
Elektromonteur i. Trans-
formatorenbau,
energischen Lagerver-
walter,

Werkzeugmacher,
perfekte Leitspindeldreher
Klempner,
tüchtige Ankerwickler für
Anker- und Transforma-
torewickler,
Arbeiterinnen.

Zu melden Einstellbureau Ehrenbergstraße, Ein-
 gang Stralauer Allee. 1021.*

Es werden gesucht 9242

Maurer, Zimmerer
 für den Wiederaufbau Chyrenhens. Auskunft über Unter-
 suchung erteilt

Arbeitsnachweis f. d. Baugewerbe,
Königsberg, Ropertzstraße 2. Fernruf 7342/7343.

Tüchtige
Werkzeugmacher, Werkzeug-
dreher, Lehrenbauer, Dreher,
Schlosser, Einrichter für Pittier,
Brown & Sharpe-Automaten, Revolverbänke,
Bohr- und Fräsmaschinen
Arbeiterinnen für Revolverbänke,
Bohr- und Fräsmaschinen 8762*

für notwendige Kriegslieferungen.
 Meldungen sind zu richten an Einstellungs-bureau
R. Stock & Co. A.-G., Berlin-Marientelde.

Zur Beaufsichtigung
 der Arbeiter und Lagerverwaltung suchen wir einen nachweislich
 energischen und bestens empfohlenen 9211.*

Manu.
 Auch Kriegsverletzte wollen sich melden.
Chemische Fabrik Habeko G. m. b. H.,
Berlin N 58, Franseckstr. 6.

Grübter Schnittbauer,
 welcher in der Lage ist, seine Papier-
 schnitte in Ordnung zu halten und einzu-
 stellen, sofort gesucht. Nur solche wollen
 sich melden. 1262

Cigarettenfabrik Garbáty,
Pankow, Hadlichstraße.

Werkzeugdreher
Metallschleifer
 und
 stellt sofort ein 9182

Metallwarenfabrik
H. A. Jüst & Co. A. G.
 Hildersdorf.

Erfahrener
Maschinist
 für unsere Dampfmaschinen-
 anlage gesucht.
 Berlin-Neuroder
 Kunstanstalt H. G.,
 Braubendurg a. G., Bahnhöf-
 straße 31/32.

Zum sofortigen Eintritt gesucht: 70/15*

Tüchtige Motorenschlosser
Selbständige Automobil-Monteur
Universalfräser
Einige Kühler-Klempner.

Märkische Flugzeugwerft Gohl i. d. Mark
 Betriebsleitung, Fernsprecher 1810, Potsdam.

Schlosser und Klempner
 selbständig arbeitend, möglichst mit Erfahrung im Flugzeug-
 bau, für dringende Herrensarbeit zu sofort. Eintritt gefucht.

Luftschiffbau Schütte-Lanz,
 200/117 Zeesen bei Königswusterhausen.

Erd- und Bauarbeiter,
 militärfrei, für auswärtige Baustellen s o f o r t
 g e s u c h t.

Zu melden bei 8922*

Windchild & Langelott, Berlin W. 57,
Bülowstr. 79.

Schlosser,
Dreher,
Schweißer
 stellen sofort ein 8362*

Fokker-Flugzeugwerke m. b. H.,
Schwerin (Meckl.).

Maurer
Zimmerer und
Bauarbeiter
 für ständige Arbeit gesucht.

Ott Grote, Baugeschäft,
Halle a. S., Kirschstr. 28. 71/8

Lehrfräulein
 für unser Kontor gesucht, auch findet
junge Kontoristin
 Anfangsstellung.

Chemische Fabrik Habeko G. m. b. H.,
Berlin N, Franseckstr. 6. 9220*

Wir suchen für sofort oder später einen tüchtigen,
 nachstrennen und gewissenhaften

Küfer.
 Schriftliche Be-
 merkungen an
 9162

Zentrale für Weinvertrieb m. b. H.
 Berlin SW 11, Dessauer Straße 28.

Rohrleger
 und Klempner, tüchtige Kraft, sofort gesucht. 72/2

Muer-Gesellschaft, Am Warschauer Platz 9/10

Austrägerinnen
 für den „Vorwärts“
 werden eingestellt in folgenden Filialen

Berlin: Markusstr. 36.
 Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
 Lindenstr. 3.

Tempelhof: Ueckermann,
 Kaiser-Wilhelm-Str. 74.

Schöneberg: Meiningen Straße 2.

Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1
 und Alt-Boxhagen 56.

Charlottenburg: Sosenheimer Str. 1.

Weißensee: Wasielewski,
 Berliner Allee 11.

Borsigwalde: Kianast, Rausch-Str. 10.
 Meldeseit von 11 bis 1 1/2 Uhr und 4 1/2 bis 7 Uhr.

Für meinen Betrieb suche ich
 einen tüchtigen **Revisor**
 mit guten Empfehlungen für die Abnahme von Werk-
 zeugen, insbesondere Schnitten und Stangen.
 Schriftl. Offerten mit Gehaltsansprüchen sowie
 Zeugnisabschriften erbeten. 1712i

Fischer, Bastianstr. 7.

Fässer 9272*

Zuschlagen
 geeignete Männer, die zum Anlernen bereit,
 oder **Böttcher** sucht

Chemische Fabrik Habeko G. m. b. H., Berlin N, Franseckstr. 7

Metalldreher,
Einrichter und Arbeiter
 verlangt Munitionsfabrik 246/7

F. Gaebert, Berlin C, Sophienstr. 22/22a

Perfekte Schraubendreherinnen
 aber nur solche, verlangen 9262

Schaal & Kiltz, Prinzenstr. 95.

Frontenfertigpolierer,
Kalkenfertigpolierer,
Umbaumacher, 9202*
 Fronten und halbe Kasten,
Grundierer
 st. Steinberg, Rantl. Allee 12

Arbeiter
 verlangt 217/2

Chemische Werke Lubscynski
 & Co., A.-G.,
 Lichtenberg, Rittergutsstr. 27/30.

Tüchtiger Einrichter
 für Dersbacher Automaten ver-
 schraubensabrik,
 Melchiorstraße 6.

Tüchtige
Klempner
 für Brennstoffbehälter und
 Aluminiumarbeiten
 sucht zum sofortigen
 Eintritt 809L*

Maschinenfabrik
Neukölln G. m. b. H.
 Neukölln, Bergstr. 104.

Stoffen Atzidenzieher
 stellt so-
 Mattisson, Wädel-
 fahrt ein 133

Hobler für Ober-
 schneid-
 arbeit sofort gefucht.
**Maschinenfab. Oberschneid-
 A.-G., Berlin - Oberschneid-
 weide.**

Druckmaschinenfabrik
**Schwan u. Co., Alte Jakob-
 straße 23/24, suchen geübte**
Rauerarbeiterinnen und
Gummierinnen. 2511b

Flotte Kleiderarbeiterin
 für gut. Gewerke auf d. Haus für
 dauernde Beschäftigung gefucht.
 Lea Finkolstein, Schützenstr. 13,
 Bluten, Kleider ein groß.*

Arbeiterinnen i. Oranial, werd.
 oder später bei dauernder Be-
 schäftigung verlangt. 9232*

Wagner & Co.,
 Zwickauer Str. 26, 2. Tr.

Flotte Kleiderarbeiterin
 für gut. Gewerke auf d. Haus für
 dauernde Beschäftigung gefucht.
 Lea Finkolstein, Schützenstr. 13,
 Bluten, Kleider ein groß.*

Arbeiterinnen i. Oranial, werd.
 oder später bei dauernder Be-
 schäftigung verlangt. 9232*

**Maschinenfab. Oberschneid-
 A.-G., Berlin - Oberschneid-
 weide.**

Preis

Zandlstraße 20
Friedrichstraße 179
Leipziger Straße 64
Oranienstraße 47a
Königsstraße 34

Waschstoffe 14.⁵⁰
bedruckt, in schönen Farbenstellungen 60r.

Seidenschleierstoffe 16.⁵⁰
in modernen Mustern..... 60r.

Neu
Eröffnet:
Rüsterstraße 3a

Verein
für das Deutschtum
im Auslande

Livland-Estland Ausstellung

Königliche
Akademie der Künste
Pariser Platz 4

Deutsches Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Max Pallenberg in **Bibikoff.**
Kammerspiele.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Inkognito. (Operette.)
Volkstheater, Th. a. Bismarck.
Untergrund. Schönh. Tor.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
General York.
Sonntag 2 1/2 Uhr: Die Richtige.

Theater des Westens
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Die Tänzerin.

Dir. C. Moynard - R. Bernauer.
Theater d. Königgrätzerstr.
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Komödienhaus
8 Uhr: Die Zarin.

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Blutzblaues Blut.

Theater für Sonntag, 23. Juni.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Orpheus in der Unterwelt

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater
8 1/2 Uhr: Liebelele.
8 Uhr: Aristid und seine Fehler.
Hassermann.

Komische Oper
8 1/2 Uhr: Die Kinokönigin.

7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Verband der Fr. Volkstheater
Sonntag, den 23. Juni,
nachmittags 2 1/2 Uhr:
Volkstheater: Die Richtige.
Deutsches Opernhaus: Die fünf
Weiber von Windsor.
Nachmittags 3 Uhr:
Reisinger-Th.: Hans Oudebein.
Abends 7 1/2 Uhr:
Volkstheater: General York.

National-Theater
7 1/2 Cöpenicker Str. 68. 7 1/2
Noch nie dagewesener
Lacherfolg:
Mäusehen.
Militärhumoreske in 3 Akten.
Musik von Walter Bromme.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Hausenerle.
Vorverk. 10 U. ununterbroch.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Badmitleiden.
Gartenstraße: Ah! Was Neues!

Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Flimmerklärchen

Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.

Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: Der Leibalte.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde

Theater am Nollendorferplatz
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!
7 1/2 Uhr:
Sancta Susanna

Theater des Westens.
8 1/2 Uhr: Der Raub d. Sabinerinnen.

Ab 29. Juni
Gastspiel Stosch-Sarrasani. Im Zirkus-Busch-Gebäude

SARRASANI'S

Massenschaustück

TORPEDO - LOS!

Das Hohe Lied vom U-Bootmann.

1. Die Wirtin explodiert.
2. Der Spion, ein Amerikaner.
3. Das Auto jagt den Schnellzug.
4. Das Flandernfest der U-Bootleute.
5. Im Innern des U-Bootes.
6. U-Boot auf hoher See.
7. Zeppeline über London.
8. Baralong. 9. Durch Kampf zum Sieg.

292/15

300

Heute:
Gr. Militär-Konzert.
Zoo ab 6 Uhr 50 bzw. 25 Pf.
Kinder
Aqua je 60 Pf. die Hälfte
Aquarium.

Th. i. d. Frankfurter Allee 313.
Die künstler. Gartenbühne
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg!
**Was man aus
Liebe tut!!**
Sonntag 4 Uhr: Sante Bühne.

DER „HIAS“

Täglich 7 1/2 Uhr abends
Riesen-Erfolg
Heute 2 Aufführungen 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr
Nachmittags 1 Kind frei! - Militär halbe Preise!
Walhalla-Theater
Weinbergsweg

U.T. zur Heiligenbaum U.T. Rollenberglap

Das Tagebuch des Apothekers Warren

mit
Lori Leux, Carl Auen, Bruno Zener

U.T. Friedrichstr. 101. des Udoes Lehtenberg

Das Geheimnis im Steinbruch

U.T. Nollendorferplatz, Hofenstraße, Reichsplatz

Der Sieg des Enterbten

U.T. Reindenderferstraße

Verkaufte Herzen

Berliner Prater-Theater
Kallisenallee 7-9.
Heute 4 1/2 Uhr in vollständig
neuer Bearbeitung:
Im Wollentragamer.
Große Kassen-Neuauflage in 5 Bildern
Dazu die großart. Spezialitäten

Trianon-Theater
8 Ht. Friedrichstr. Zet. 4927. 2391
8 U. Zum 295. Male: **Der
Lebensschüler.**
Kaiser-Titz, Bildt, Flink
Heute nachmittags 4 Uhr:
Johannisfeuer.

Mozart- Saal

Nollendorferplatz 5



*Der
Hilfsjunge*

Lustspiel in 3 Akten.
In der Hauptrolle:
**Viggo
Larsen**

Neue Philharmonie
Köpenicker Straße 56-57. Untergrundbahnhot Inselstraße.
Stadtbahn Jannowitzbrücke

Uraufführung.
Lotte Neumann
Die Töchter des Herrn von Dornberg.
Egede Nissen
Roman der Herzogin von Corvy.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die erste Geige.
Heute nachm. 3 1/2, kleine Pr.
Jugend.

Schweizergarten
Am Königsstor
Am Friedrichshain 29-32.
Gründer und Schlichter Roten-
garten Berlin. Über 5000 Sit-
plätze. Saal für 1000 Personen.
Täglich: Konzert, Theater,
Spezialitätenvorstellung.
Anfang Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 3 Uhr.

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

In erstklassiger Ausführung zu soliden Preisen
Liefert unmittelbar ab Fabrikgebäude an Private

Möbel-Grosslager Berliner Tischler- u. Tapezierermeister

Albert Gleiser

G.m.b.H. - Berlin C 33 Alexanderstr. 42
Alexanderplatz

Wir unterhalten noch eine reiche Auswahl in erst-
klassigen Möbeln bis zum Aussergewöhnlichen. Besch-
affung äusserst schnell und erwünscht. Druckkosten
kostenlos. Bahnfreie Lieferung durch ganz Deutschland

Möbel-Angebot.

Solche Möbelfirma liefert Spezial-Ein- u. Zweizimmer-
Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsver-
gütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen
Ratenzahlungen. Offerten W. 1 an die Exped. d. „Borm.“
Keine Raffinerie. Größte Auswahl.

Dorndorf- Besohlung

Ihre Stiefel werden mit
guten Sohlen in unserer
* eigenen Fabrik *
schnellstens versehen

Annahme-Stellen
Friedrichstr. 65
Tauentzienstr. 15
Königsstr. 45. J. Ely

Nur Weinbergsweg:
Der Schlager **15.** dieser Spielzeit
Die **15.** Woche
Das Himmelschiff

Anfang und Einlass: 5 1/2 und 8 1/2 Uhr
Sonntags: Anfang 3 Uhr / Vorverkauf
von 12 bis 1 Uhr an der Theaterkasse

Reichshallen - Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Stettiner Sänger.
Reichshallen-Saal 5 Uhr:
Großes Blüthen-Konzert.

Admiralspalast.
Heute 2 Vorstellungen
4 u. 7 1/2 Uhr.
Die Prinzessin von Tragant
Sajdah * Deutsche Tänze
Nachm. kleine Preise.

Passage-Theater
Unter den Linden 22-23

2 Uraufführungen!

Die Erlösung des Raimundes

Mitschauspiel in 4 Akten
In der Hauptrolle:
Maria Fein

Eine Treppe zu hoch

Lustspiel in 3 Akten mit
Benzinger und Fritz Achterberg.

Schirmherr: S. Königl. Hoheit Prinz Heinrich von Preußen.

Klar zum Gefecht

Ein Marinespiel von Heinrich Gilardone

Im I. Akt: Teington macht mobil
Wan-Kü-Jung Harry und Jngs
Die Mappe mit den Geheimdokumenten

Im II. Akt: Im Rauchsalon des Luxus-
dampfers Der geheimnisvolle Ja-
paner Der Raub der Dokumente
Ein tapferes deutsches Mädchen
Von Japanern gekapert

Im III. Akt: S. M. Hilfskreuzer Wiking
Tropen-Nacht Seemannsspiele
Die Neptun-Taule Die Seeschlacht
Max-Nanni Unter d. Heimatswimpel

Heute zwei Vorstellungen: 3 1/2 und 7 1/2 Uhr

PALAST-THEATER

AM ZOO

Achtung, Theaterbesitzer!

Alle abgelaufenen Programme der Bioscop-Film-
Verleih-Ges. m. b. H., Berlin, Friedrichstraße 235, bitten
wir Marienstraße 21, 1. Etage abzuliefern. 292/16

Bioscop-Film-Verleih-G. m. b. H.

Oranien-Palast
Oranienstr. 40-41. Konzert-Kaffee-Kabarett Oranienbrücke

Neu für Berlin! **Neger-Tanz-Duett** Neu für
Berlin!
Rich. Hellack, Bruno u. Trud. Udo Weis
Margot Leander, Dirk van Erp.

I. Stock Weinklausur

